BERICHTE UND URKUNDEN

Bericht über Entwicklungen und Tendenzen des Kriegsrechts seit den Nachkriegskodifikationen

1. Der Anwendungsbereich des Kriegsrechts
1.1. Die Gleichheit der Parteien im Kriegsrecht
1.2. Die Geltung des Kriegsrechts für die Streitkräfte der Vereinten Nationen
1.3. Die Anwendung des Kriegsrechts in bewaffneten Konflikten nicht internationalen Charakters
2. Die Stellung der Kombattanten — Guerillakrieg
3. Der Schutz der Kranken, Verwundeten und des Sanitätspersonals
4. Der Schutz der Zivilbevölkerung und nicht militärischer Objekte
4.1. Die Definition der Zivilbevölkerung
4.2. Die Definition des militärischen Objekts
4.3. Der Schutz der Zivilbevölkerung und nicht militärischer Objekte vor direkten Angriffen
4.4. Der Schutz der Zivilbevölkerung und nicht militärischer Objekte vor indirekten Angriffen
5. Das Verbot der Anwendung bestimmter Waffen und Kampfmethoden
5.1. Atomwaffen
5.2. Chemische und bakteriologische Waffen
5.3. Brandwaffen
6. Die Kontrolle der Einhaltung des Kriegsrechts und kriegsrechtliche Sanktionen
6.1. Die Schutzmacht und ihr Ersatz
6.2. Die Bestrafung von Verletzungen des Kriegsrechts
6.3. Die Repressalien

Einführung*)

Der zweite Weltkrieg hat im Bereiche des Kriegsrechts eine ganze Reihe von Problemen aufgezeigt, die die Unvollkommenheit der rechtlichen Regelung der Kriegführung deutlich machten.

*) Abkürzungen: A — Verträge der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Serie A: Multilaterale Verträge, mit Bandzahl vor und Nr. des Vertrags hinter dem A; Ann. IDI — Annuaire de l'Institut de Droit International; CICR — Comité International de la Croix-Rouge; HLKO — Haager Landkriegsordnung; IKRK — Internationales Komitee vom Roten Kreuz; ILA — International Law Association; RICR — Revue Internationale de la Croix-Rouge.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Der erste Versuch der Kodifizierung oder Änderung bestimmter Normen des Kriegsrechts wurde im Jahr 1949 durch den Abschluß der vier sog. Genfer Konventionen erfolgreich beendet [1]). Parallel oder später wurden noch einige Abkommen über die Fragen, die die Genfer Abkommen unbeachtet gelassen haben, abgeschlossen: einerseits die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords vom 9. Dezember 1948 [2]), andererseits das Haager Abkommen für den Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten vom 14. Mai 1954 [3]).

Diese vertraglichen Regelungen haben die bestehenden Probleme nur teilweise erfaßt. Die Genfer Abkommen regeln vor allem die Rechtslage der geschützten Personen und Objekte, soweit sie sich unter der Jurisdiktion des Feindes befinden. Nur in geringem Maße finden wir hier bislang Regeln, die die Art der Kriegführung direkt oder indirekt festlegen. Das Haager Abkommen über den Schutz der Kulturgüter erfaßt diese Problematik, jedoch in sehr begrenztem Umfang.

Ohne bereits hier auf die Einzelheiten einzugehen, kann man sagen, daß vor allem der Bereich der konkreten bewaffneten Kriegshandlungen — d. h. der von den Haager Abkommen im Jahre 1907 [4]) geregelte Bereich —, der infolge der Entwicklung der Technik, der neuen Waffen und neuen Methoden der Kriegführung die größten Änderungen erlebte, von der vertraglichen Neuregelung weitgehend nicht betroffen ist. Diese Situation hat verschiedene Initiativen hervorgerufen.

Zunächst trat das Comité International de la Croix-Rouge mit Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschlägen auf; auf der XIX. Konferenz des Roten Kreuzes in New Delhi im Jahre 1957 wird das «Projet de règles limitant les risques courus par la population civile en temps de guerre» [5]) vorgelegt und von der Konferenz den Regierungen zur Prüfung übergeben. Dieser Entwurf hatte jedoch wegen der ablehnenden Haltung der Regierungen bislang keinen praktischen Erfolg.

---

[1]) I. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde, UNTS Bd. 75, S. 31, BGBl. 1954 II, S. 783, 5 A 38; II. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See, UNTS Bd. 75, S. 85, BGBl. 1954 II, S. 813, 5 A 39; III. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über die Behandlung der Kriegsgefangenen, UNTS Bd. 75, S. 135, BGBl. 1954 II, S. 838, 5 A 40; IV. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten, UNTS Bd. 75, S. 287, BGBl. 1954 II, S. 917, 1956 II, S. 1586, 5 A 41.

[2]) UNTS Bd. 78, S. 277, 6 A 69.

[3]) UNTS Bd. 249, S. 241.

[4]) Siehe Deuxième Conférence Internationale de la Paix, Den Haag, 15. 6.—18. 10. 1907, Actes et documents, Bd. 1.

[5]) XIX[e] Conférence Internationale de la Croix-Rouge, New Delhi 1957, Rés. XIII, S. 170.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Auf der XX. Internationalen Konferenz des Roten Kreuzes in Wien 1965 wurde Res. XXVIII «Protection des populations civiles contre les dangers de la guerre indiscriminée» angenommen [6]). Die Resolution betont einige allgemeine Prinzipien des internationalen Kriegsrechts, die sich vor allem auf die Rechtslage der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten beziehen, und beauftragt das IKRK, Schritte zur praktischen Lösung der Frage der Entwicklung des internationalen humanitären Rechts zu unternehmen.

Die Verhandlungen dieser Konferenz und vor allem die genannte Resolution stehen am Anfang der nächsten Etappe der Bemühungen um die Kodifizierung der Regeln über die Kriegführung und vor allem der Regeln zum Schutz der Zivilbevölkerung, einerseits in den UN, andererseits im Rahmen des Roten Kreuzes und verschiedener Organe und Organisationen nichtstaatlichen Charakters.

1. Am 12. Mai 1968 verabschiedet die Internationale Konferenz über die Menschenrechte die Res. XXIII "Human Rights in Armed Conflicts" [7]). In dieser Resolution wird die UN-Generalversammlung aufgefordert, dem Generalsekretär aufzuerlegen, folgendes zu untersuchen:

> "(a) Steps which could be taken to secure the better application of existing humanitarian international conventions and rules in all armed conflicts;
>
> (b) The need for additional humanitarian international conventions or of possible revision of existing Conventions to ensure the better protection of civilians, prisoners and combatants in all armed conflicts and the prohibition and limitation of the use of certain methods and means of warfare".

Seitdem hat sich die UN-Generalversammlung jährlich mit dieser Problematik befaßt und mehrere Resolutionen verabschiedet [8]). Ebenfalls hat der Generalsekretär wichtige Berichte hierzu verfaßt [9]). Für die Refor-

---

[6]) XX[e] Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Wien 1965, S. 110.

[7]) Siehe Final Act of the International Conference on Human Rights, Teheran, 22. 4. — 13. 5. 1968 (UN Publication Sales No. E. 68. XIV. 2) Chapter III, S. 5 (18).

[8]) Res. 2444 (XXIII), 2597 (XXIV), 2673 (XXV), 2674 (XXV), 2675 (XXV), 2676 (XXV), 2677 (XXV), 2852 (XXVI), 2853 (XXVII), 3032 (XXVII), 3102 (XXVIII).

[9]) Zur Tätigkeit des Generalsekretärs siehe die Studie unter dem Titel "Respect for Human Rights in Armed Conflicts", der Generalversammlung auf ihrer XXIV. Sitzung vorgelegt, UN Doc. A/7720. Auf der XXIV. Sitzung der Generalversammlung wurde unter Punkt 61 "Respect for Human Rights in Armed Conflicts: Report of the Secretary General" behandelt. Dieser Bericht wurde dem ECOSOC und der Kommission für die Menschenrechte überreicht. Stellungnahme der Kommission für Menschenrechte, siehe Official Records of the Economic and Social Council, 48th Session, Suppl. No. 5 (E/4816) E/CN. 4. SR. 1060—62, Meetings 5—7—III. 1970. Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialrats, siehe GAOR 25th Session, Suppl. No. 3 (A/8003). Diskussion in Summary Records of the Social Committee of the Council (E/AC. 7/SR. 636—641, 643—645) und Plenary Meeting of the Council (E/SR. 1693).

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

men hat sich eine gewisse Zusammenarbeit und Arbeitsteilung zwischen den UN und dem IKRK ergeben. Die Erarbeitung neuer Texte zur Ergänzung der Genfer Konventionen wurden vom IKRKübernommen, während in den UN Grundsatzfragen diskutiert und begleitende Stellungnahmen zu den Arbeiten des Roten Kreuzes abgegeben wurden [10]).

Auf Veranlassung der XXI. Konferenz des Roten Kreuzes wendet sich das IKRK mit einem Brief vom 22. Oktober 1970 an eine Reihe von Regierungen mit der Einladung zu der Konferenz der Regierungsexperten. Diese Konferenz fand vom 24. Mai bis 12. Juni 1971 in Genf unter der Teilnahme der Regierungsexperten von 35 Staaten statt [11]). Die Konferenz empfahl, eine neue Konferenz mit breiterer Teilnahme einzuberufen. Regierungsexperten aus 77 Staaten nahmen an der zweiten Sitzung vom 3. Mai bis 3. Juni 1972 in Genf teil [12]). Unter Berücksichtigung noch anderer bedeutender Diskussionen hat das IKRK die Ergebnisse der beiden Konferenzsitzungen der Regierungsexperten für die Zwecke der im Jahre 1974 einberufenen Diplomatischen Konferenz neu redigiert und den Entwurf zweier Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen vorgelegt, Proto-

---

Auf Empfehlung der Commission on the Status of Women hat der ECOSOC die Resolution unter dem Titel "Protection of Women and Children in Emergency or War Time Fighting for Peace, National Liberation and Independence" angenommen. In der Resolution wird der Generalsekretär aufgefordert, in seiner Studie besondere Rücksicht auf den Schutz der Frauen und Kinder zu nehmen.

10) Siehe ausführlich: XXI[e] Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Istanbul 1969: Réaffirmation et développement des lois et coutumes applicables dans les conflits armés (Rapport présenté par le CICR, Genf 1969), S. 17–34. (zit. Réaffirmation).

11) Die Dokumentation, die das IKRK der Konferenz der Regierungsexperten vorlegte, umfaßte einige bereits konkret formulierte Abkommensentwürfe: Projet de protocole relatif à la protection de la population civile en période de conflit armé; Projet de protocole additionnel aux Conventions de Genève, en vue de la protection des blessés et des malades et du personnel sanitaire; Projet d'un protocole additionnel à l'article 3 relatif aux conflits armés non internationaux; Projet d'un protocole interprétatif de l'article 4 de la III[e] Convention de Genève. Die Dokumentation enthält noch Grundzüge eines Entwurfes über den Schutz der Opfer bei inneren Unruhen und eines Entwurfes der Regeln im Guerillakrieg. Siehe Doc. CE/3, S. 130 ff.; Doc. CE/7, S. 4 ff.; Doc. CE/7, S. 30 ff.; Doc. CE/5; Doc. CE/6. Conférence d'experts gouvernementaux, Documentation présentée par le CICR, Genf Januar 1971.

12) Für die Konferenz hat das IKRK die bis dahin vorliegenden Diskussionsergebnisse neu formuliert und in zwei Entwürfe zusammengefaßt: ein «Projet de Protocole additionnel aux quatre Conventions de Genève du 12 août 1949» und ein «Projet de Protocole additionnel à l'article 3 commun au quatre Conventions de Genève du 12 août 1949». Siehe Conférence d'experts gouvernementaux sur la réaffirmation et le développement du droit international humanitaire applicable dans les conflits armés, Seconde Session, 3 Mai – 3 juin 1972, Rapport sur les travaux de la Conférence, Bd. II (Annexe) (Genf Juli 1972), S. 1–22.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

koll I für den internationalen, Protokoll II für den nicht internationalen Konflikt [13]).

2. Neben regierungsamtlichen Organen und Organisationen befaßte sich auch eine ganze Reihe von nicht regierungsamtlichen Organen und Organisationen mit dem Problem der Kodifizierung des Kriegsrechts.

In erster Linie ist das Institut de Droit International zu nennen. Auf seiner Sitzung 1958 nahm es das «Projet définitif de résolutions — Droit de la guerre» an, in welchem es einige allgemeine Prinzipien des internationalen Kriegsrechts formuliert [14]), 1963 die Resolution "Equality of Application of the Rules of the Law of War to Parties to an Armed Conflict", 1969 die Resolution «La distinction entre les objectifs militaires et non militaires en général et notamment les problèmes que pose l'existence des armes de destruction massive» [15]).

Die International Law Association befaßte sich einerseits während ihrer Tagung in Helsinki im Jahre 1966 mit der Frage der Anwendung des Kriegsrechts auf die UN-Streitkräfte, andererseits während der 54. Konferenz in Den Haag im Jahre 1970 und der 55. Konferenz in New York 1972 auch mit der Frage der Entwicklung des humanitären Kriegsrechts [16]).

Mit den Fragen, die mit der Kodifizierung des Kriegsrechts zusammenhängen, haben sich in der letzten Zeit auch andere Organisationen befaßt, z. B. die Fédération mondiale des anciens combattants [17]), der Centre européen de la Dotation Carnegie [18]), die Université Libre de Bruxelles, Centre de droit international (Institut de sociologie)[19]), die Ligue internationale des femmes pour la paix et la liberté [20]), die Société internationale de droit pénal militaire et de droit de la guerre [21]), das Institut international de droit

---

[13]) Vgl. zu den beiden bisherigen Sitzungsperioden der Konferenz den Bericht von Bothe, unten S. 641.

[14]) Siehe Annuaire de l'Institut de Droit International 1958, S. 531.

[15]) *Ibid.* 1969, S. 376, 358–360.

[16]) Siehe Revue Internationale de la Croix-Rouge, Année 52 (1970), S. 665; I LA, Report of the 55th Conference, New York 1972, S. 305 ff.

[17]) «Statut international des combattants sans uniformes», eine Studie der Expertengruppe der angeführten Organisationen vom 21. 2. 1967 (Paris); siehe Réaffirmation (Anm. 10), Annexe XIX.

[18]) Colloque sur le droit des conflits armés, problèmes actuels, Genf 15.–20. 9. 1969; siehe The Law of Armed Conflicts, Carnegie Foundation (European Center, New York 1957).

[19]) Konferenz «Droit humanitaire et conflits armés», Brüssel 28.–30. 1. 1970.

[20]) Conférence sur la guerre biologique et chimique, London 21.–23. 11. 1969.

[21]) V[e] Congrès international de la Société internationale de droit pénal militaire et de droit de la guerre, Dublin 25.–30. 5. 1970.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

humanitaire, San Remo[22]), die Commission Médico-juridique de Monaco[23]).

3. Das IKRK hatte ursprünglich die Absicht, sich nur mit der Problematik des Schutzes der Zivilbevölkerung vor bewaffneten Angriffen zu befassen. Mit der Zeit jedoch haben sich die Bemühungen des IKRK auf den ganzen Bereich des *ius in bello* erstreckt — mit Ausnahme des Seekriegsrechts, des Neutralitätsrechts, einiger ökonomischer Folgen der Kriegshandlungen und der Eröffnung und Beendigung der Feindseligkeiten. Die Aufgabe weiterer Teile dieses Berichts besteht darin, eine Übersicht über die Hauptprobleme des Kriegsrechts zu geben, die in der Praxis oder in den theoretischen Auseinandersetzungen der letzten Zeit eine Rolle gespielt haben.

1. Der Anwendungsbereich des Kriegsrechts

1.1. Die Gleichheit der Parteien im Kriegsrecht

Die Entwicklung des allgemeinen völkerrechtlichen Gewaltverbots, nach bescheidenen Ansätzen in der Völkerbundsatzung, durch den Briand-Kellogg-Pakt und die Satzung der Vereinten Nationen, hat die Frage aufgeworfen, ob es weiterhin möglich ist, die Kriegsregeln für beide Seiten gleichmäßig und ohne Rücksicht auf ihre Rechtspositionen in Bezug auf das Gewaltverbot anzuwenden, oder ob die Änderung des *ius ad bellum* die Änderung des *ius in bello* bedeutet. Ist es möglich, in diesem Zusammenhang das Prinzip *ex iniuria ius non oritur* anzuwenden? Auch *pendente bello?*

Den ersten Versuch zur Klärung dieser Fragen findet man in den sog. Budapest Articles of Interpretation der International Law Association vom Jahre 1934[24]). In diesem Dokument wird als Folge der neuen durch den Abschluß des Briand-Kellogg-Pakts entstandene Rechtssituation empfohlen, gewisse gegen den Aggressor gerichtete, nach überkommenem Kriegsrecht rechtswidrige Handlungen als völkerrechtsmäßig zu betrachten.

---

[22]) Conférence internationale de droit humanitaire: Les droits de l'homme comme base de droit humanitaire, San Remo 25.—27. 9. 1970; die zweite Konferenz fand vom 2.—4. 9. 1971 statt, siehe Norme umanitaire e istruzioni militari (Milano 1973).

[23]) U. a. Projet de règlement d'exécution des Conventions de Genève du 12 août 1949 pour la protection des victimes de la guerre, adopté le 17 avril 1971 par la Commission Médico-juridique de Monaco, in: The International Law Association, Report of the Fifty-fifth Conference, New York 1972 (1974), S. 307 ff.

[24]) Siehe Report of the 38th Conference 1934, Budapest, S. 66.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

In der Rechtsprechung der Nachkriegszeit über die Kriegsverbrecher findet man allerdings eine recht eindeutige Stellungnahme, die die Modifizierung des *ius in bello* infolge der Änderungen des *ius ad bellum* ablehnt[25]). Auch die kriegsrechtlichen Abkommen der Nachkriegszeit gehen von der Gleichheit der Parteien ohne Rücksicht auf ihre Rechtsstellung aus (siehe Art. 1 und 2 der Genfer Abkommen von 1949, Art. 18 des Abkommens über den Schutz der Kulturgüter, ebenso verschiedene Entwürfe des IKRK)[26]).

Mit dieser Frage befaßte sich auch das Institut de Droit International. Im «Projet définitif de Résolutions» (1958) heißt es:

«II. Dans les guerres entre deux ou plusieurs Etats où il n'y a pas de désignation d'un agresseur par un organe impartial, il faut continuer de fonder le droit de la guerre sur le principe de l'égalité des belligérants pendant la durée des hostilités.

III. La règle établie dans la Résolution II s'applique également aux cas où l'organe compétent de l'ONU a désigné l'une des parties comme agresseur»[27]).

Auf seiner Tagung in Brüssel (1963) nimmt das Institut de Droit International die Resolution «L'égalité d'application des règles du droit de la guerre aux parties à un conflit armé» an:

«L'Institut de Droit International,

estimant, d'une part, que les obligations ayant pour but de restreindre les horreurs de la guerre et imposées aux belligérants pour des motifs humanitaires par les Conventions en vigueur, par les principes généraux du droit et par les règles du droit coutumier, sont toujours en vigueur pour les parties dans toutes catégories de conflits armés et s'étendent également aux actions entreprises par les Nations Unies;

d'avis, d'autre part, que, sous cette réserve, il ne peut y avoir complète égalité dans l'application des règles du droit de la guerre lorsque l'organe compétent des Nations Unies a constaté qu'un des belligérants a recouru à la force armée en violation des règles du droit des gens consacrés par la Charte des Nations Unies;

invite la quatrième Commission à poursuivre l'étude de la question de savoir dans quelle mesure et sous quelles conditions cette inégalité devrait être acceptée»[28]).

---

[25]) Eine entgegengesetzte Ansicht vertreten die drei westlichen Hauptanklagevertreter im Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg. Siehe Tribunal militaire international, Procès des grands criminels de guerre, Bd. 2, S. 157, Bd. 5, S. 391; War Crimes Reports, Bd. 8, S. 50; Nazi Conspiracy and Aggression, Suppl. A (U.S.Government Printing Office, Washington 1947), S. 867.

[26]) Siehe Projet de règles limitant les risques courus par la population civile en temps de guerre, CICR (Genf 1958), S. 8.

[27]) Siehe Ann. IDI 1957, S. 531.

[28]) *Ibid.*, Session de Bruxelles 1963, S. 376.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

In weiteren Quellen, die für unsere Untersuchungen relevant sind, sind Formulierungen zu finden, die im allgemeinen die Gleichheit der Kriegsparteien bejahen[29]).

Die Dokumente, die vom IKRK der Konferenz der Regierungsexperten bzw. der Diplomatischen Konferenz über die untersuchte Frage vorgelegt wurden, ergeben nichts Neues.

Die Frage der Schlechterstellung des Aggressors bezüglich des *ius in bello* ist letztlich noch nicht geklärt. Keiner der diskutierten Vorschläge erstrebt jedoch eine Benachteiligung des Aggressors *pendente bello* für das humanitäre Kriegsvölkerrecht.

1.2. Die Geltung des Kriegsrechts für die Streitkräfte der Vereinten Nationen

Nach Kapitel VII der UN-Charta sind militärische Maßnahmen bei »Bedrohung« oder »Bruch des Friedens« und bei »Angriffshandlungen« vorgesehen. In der Praxis wurden in fünf Fällen unter der Flagge der Vereinten Nationen Streitkräfte eingesetzt.

Ohne auf die Problematik des Rechtscharakters und der Rechtsstellung der UN-Streitkräfte einzugehen, kann festgestellt werden, daß die Anwendung von Kriegsrecht jedenfalls in vier Fällen des Einsatzes von Streitkräften unter UN-Flagge — Korea, Kongo, Ägypten und Zypern — wenigstens praktisch in Frage gekommen ist.

Das Problem der Geltung des Kriegsrechts für die UN-Streitkräfte stellt jedenfalls teilweise eine Variante des oben unter 1.1. untersuchten Problems dar. Der Unterschied der Rechtsposition der Vereinten Nationen einerseits und des Aggressors oder des »Störers« der von den Streitkräften der Vereinten Nationen gesicherten Regelung andererseits ist offensichtlich. Die Vereinten Nationen handeln im Namen der gesamten Völkergemeinschaft und nicht nur um eigene Souveränität zu verteidigen mit dem Ziel, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten.

---

[29]) So z. B. im amerikanischen Field Manual in Art. 8 wird Art. 2 der Genfer Abkommen buchstäblich angeführt. In den »Völkerrechtlichen Grundsätzen der Landkriegführung«, Sonderdruck des Anhangs Teil III zu HDv 100/1 »Truppenführung« der Bundesrepublik Deutschland wird festgestellt: »Kriege dürfen nicht ohne eine vorausgehende Kriegserklärung begonnen werden. Das Kriegsvölkerrecht gilt aber auch dann, wenn ein Krieg ohne eine solche Erklärung oder unter Verletzung anderer Bestimmungen des Völkerrechts, z. B. des Verbots des Angriffskrieges, begonnen worden ist, und zwar vom Beginn der Feindseligkeiten an« (Art. 7).

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Ist deshalb die Rechtsstellung der Vereinten Nationen im Kriegsrecht eine andere als die des Aggressors? Oder ist das Kriegsrecht für die UN-Streitkräfte in demselben Umfang gültig wie für die andere Partei? Oder nur sog. humanitäres Recht? *Pendente bello* oder im ganzen zeitlichen Umfang?

Daneben stellt sich das Problem der völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit der Vereinten Nationen, genauer: ihrer Fähigkeit, Adressat kriegsvölkerrechtlicher Normen zu sein.

Bezüglich des erstgenannten Fragenkreises betonte eine Arbeitsgruppe der American Society of International Law im Jahre 1952, daß die Rechtsstellung der Vereinten Nationen von der eines kriegführenden Staates zu unterscheiden ist und daß die Vereinten Nationen bezüglich der auf sie anwendbaren Normen wählen können[30]).

Im Jahre 1963 nahm andererseits das Institut de Droit International eine Resolution an, in welcher es u. a. heißt:

> «*L'Institut de Droit international,*
>
> *estimant,* d'une part, que les obligations ayant pour but de restreindre les horreurs de la guerre et imposées aux belligérants pour des motifs humanitaires par les Conventions en vigueur, par les principes généraux du droit et par les règles du droit coutumier, sont toujours en vigueur pour les parties dans toutes catégories de conflits armés et s'étendent également aux actions entreprises par les Nations Unies; . . .» (Ann. IDI 1950 II, S. 368).

In einer weiteren Resolution vom Jahre 1971 beschloß das Institut

> «Art. 2: Les règles de caractère humanitaire résultant du droit relatif aux conflits armés sont applicables de plein droit à l'Organisation des Nations Unies et doivent être respectées en toutes circonstances par ses Forces dans les hostilités où celles-ci sont engagées» (Ann. IDI 1954 II, S. 450).

Die praktische Diskussion des zweiten Problemkreises wurde im Zusammenhang mit den UN-Aktionen in Ägypten im Jahre 1956 aufgenommen. Das IKRK hat vom UN-Generalsekretär eine Erklärung über die An-

---

30) "The Committee agrees that the use of force by the United Nation to restrain aggression is of a different nature from war-making by a state. The purposes for which the laws of war were instituted are not entirely the same as the purposes of regulating the use of force by the United Nations. This we may say without deciding whether United Nations enforcement action is war, police enforcement of criminal law, or sui generis. In the present circumstances, then the proper answer would seem to be, for the time being, that the United Nations should not feel bound by all the laws of war, but should select such of the laws of war as may seem to fit its purposes (e. g. prisoners of war, belligerent occupation), adding such others as may be needed, and rejecting those which seem incompatible with its purposes. We think it beyond doubt that the United Nations, representing practically all the nations of the earth, has the right to make such decisions". Proceedings of the American Society of International Law, April 24–26, 1952, S. 220. Report of the Committee on Study of Legal Problems of the U.N.: "Should the laws of war apply to United Nations enforcement action"?

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

wendung der Genfer Konventionen auf die UN-Streitkräfte (UNEF) verlangt und auch in beschränktem Umfang erhalten[31]).

Von diesem Dialog, der sich zwischen dem IKRK und dem UN-Generalsekretär im Laufe der Zeit entwickelte, sei die Antwort des Generalsekretärs auf einen Brief des IKRK vom 8. November 1962 angeführt:

«... Je tiens aussi à conformer que l'ONU entend que ses forces armées en campagne appliquent aussi scrupuleusement que possible les principes de ces conventions» [Genfer Konventionen 1949][32]).

In einer Resolution des «Conseil des Délégués du Congrès de la Croix-Rouge Internationale» über die Anwendbarkeit der Genfer Konventionen an die Streitkräfte der Vereinten Nationen heißt es:

«Le Conseil des Délégués,

Considérant que les Etats parties aux Conventions de Genève se sont engagés à les respecter et à les faire respecter en toutes circonstances,

Considérant qu'il est nécessaire que les Forces d'urgence des Nations Unies respectent ces Conventions et soient protégées par elles,

marque son appréciation des efforts déjà entrepris à cet effet par les Nations Unies et recommande:

1° Que les Nations Unies soient invitées à adopter une déclaration solennelle acceptant que les Conventions de Genève s'appliquent à leurs Forces d'urgence de la même manière qu'elles s'appliquent aux forces armées des Etats parties à ces Conventions;

2° Que les Gouvernements des pays qui fournissent des contingents aux Nations Unies veuillent bien, en raison de l'importance primordiale de la question, donner à leurs troupes, avant leur départ de leur pays d'origine, un enseignement adéquat sur les Conventions de Genève, ainsi que l'ordre de se conformer à ces Conventions;

3° Que les Autorités responsables des contingents acceptent de prendre toutes les mesures nécessaires pour prévenir et réprimer des infractions éventuelles aux dites Conventions»[33]).

Eine analoge Resolution wurde auf der XX. Rotkreuz-Konferenz in Wien verabschiedet[34]).

---

[31]) Siehe näheres bei J. Pictet, La XX[e] Conférence et ses résultats dans le domaine juridique, RICR 1967, S. 27.

[32]) RICR 1962, S. 28. Desgleichen Linner, Officer-in-Charge of the United Nations Operation in the Congo. In seiner Note an das IKRK behauptet er, daß "the United Nations Organization in the Congo continues to respect and adhere to the principles of general international conventions to the extent applicable, particularly when they relate to humanitarian principles". Siehe United Nations Review, Bd. 8 Nr. 11 (1961), S. 44 f.

[33]) Siehe Annales de droit international médical Nr. 10 (1964), S. 55.

[34]) Ziff. I wurde jedoch wie folgt gefaßt: «I. que des accords appropriés soient conclus afin d'assurer que les forces armées mises à la disposition des Nations Unies observent les règles des Conventions de Genève et soient protégées par elles"; siehe XX[e] Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Wien Oktober 1965, Résolutions, S. 19.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Einen gewissen Schritt in die von diesen Resolutionen gewünschte Richtung sind die Dienstanweisungen des Generalsekretärs (Regulations) für UNEF (Nr. 44), ONUC (Nr. 43) und UNFICYP (Nr. 40)[35]) sowie die Abkommen, die die Vereinten Nationen mit den Teilnehmerstaaten der Zypernaktion geschlossen haben[36]).

In den Dienstanweisungen wird festgestellt:

"The Force shall observe the principles and spirit of the General International Conventions applicable to the conduct of military personnel".

Auf seiner Sitzung im Jahre 1971 (Zagreb) hat sich das Institut de Droit International ausführlicher mit diesen Fragen befaßt:

«... Réservant l'étude du problème général des effets de la mise hors la loi de la guerre et du recours à la force sur le principe de non-discrimination dans l'application des autres règles relatives aux conflits armés ...

Adopte les articles suivants:

... Art. 2. Les règles de caractère humanitaire résultant du droit relatif aux conflits armés sont applicables de plein droit à l'Organisation des Nations Unies et doivent être respectées en toutes circonstances par ses Forces dans les hostilités où celles-ci sont engagées.

Les règles visées à l'alinéa précédent comprennent notamment:

a) celles qui concernent la conduite des hostilités en général et, plus particulièrement, l'interdiction de l'emploi de certaines armes, de certains modes d'utilisation de celles-ci, les moyens de nuire à la partie adverse et la distinction entre objectifs militaires et non militaires; ...

Art. 7. Sans préjudice des responsabilités individuelles ou collectives dérivant du seul fait de l'agression qu'elle aurait commise, la partie opposée aux Forces des Nations Unies est tenue de réparer les dommages qu'elle cause en violation des règles humanitaires relatives aux conflits armés. L'Organisation des Nations Unies a qualité pour exiger le respect de ces règles au bénéfice de ses Forces et pour réclamer réparation des dommages causés à ses Forces en violation de ces règles.

Art. 8. L'Organisation des Nations Unies est responsable des dommages que ses Forces pourraient causer en violation des règles humanitaires relatives aux

---

35) Siehe UN Doc. ST/SGB/UNEF/1; ST/SGB/ONUC/1; ST/SGB/UNFICYP/1.

36) Australia Treaty Series, 1966 No. 5; Finland, Författningssamling fördragsserie N. 13/66; Österreich, BGBl. 1966, S. 301. In den genannten Abkommen wird diese Frage wie folgt geregelt: "11. The International Conventions referred to in this Regulation [deren Prinzipien von den Truppen zu beachten sind] include, inter alia, the Geneva (Red Cross) Conventions of 12 August 1949 to which your Government is a party and the UNESCO Convention on the Protection of Cultural Property in the event of armed conflict, signed at The Hague on 14 May 1954. In this connexion, and particularly with respect to the humanitarian provisions of these Conventions, it is requested that the Governments of the participating States ensure that the members of their contingents serving with the Force be fully acquainted with the obligations arising under these Conventions and that appropriate steps be taken to ensure their enforcement".

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

conflits armés, sans préjudice de son recours éventuel à l'égard d'un Etat dont le contingent aurait causé un tel dommage»[37]).

Ein allgemeiner Konsens bezüglich der auf die Vereinten Nationen anwendbaren Normen des völkerrechtlichen Kriegsrechts besteht nur insofern, als weitgehend gesichert erscheint, daß überhaupt solche Normen anwendbar sind. Welche Normen im einzelnen gelten und welche nicht, bedarf vielfach noch der Klärung.

1.3. Die Anwendung des Kriegsrechts in bewaffneten Konflikten nicht internationalen Charakters

Die Frage der Anwendung des Kriegsrechts in Konflikten nicht internationalen Charakters trat zum ersten Mal in Erscheinung auf der XI. Konferenz des Roten Kreuzes im Jahre 1912. Die Vorschläge der Delegation der Vereinigten Staaten, die sich vor allem mit der Funktion und den Befugnissen des Roten Kreuzes befaßten, wurden von der Konferenz abgelehnt[38]).

Zum zweiten Mal erscheint diese Frage auf der Tagesordnung der Verhandlungen des Roten Kreuzes im Jahre 1921. Die X. Internationale Konferenz des Roten Kreuzes in Genf verabschiedete Res. XIV, in welcher u. a. die Handlungsfreiheit für die nationale Rotkreuzgesellschaft, die Tätigkeit von fremden nationalen Rotkreuzgesellschaften nur mit der Zustimmung der jeweiligen Regierung und für die politischen Häftlinge der Status[39]) der Kriegsgefangenen gefordert wird.

Im ähnlichen Sinne befaßte sich das Rote Kreuz mit dieser Problematik auf der Konferenz im Jahre 1928 in London[40]).

---

[37]) Siehe die Resolution «Les conditions d'application des règles humanitaires relatives aux conflits armés aux hostilités dans lesquelles les Forces des Nations Unies peuvent être engagées", Ann. IDI 1971, S. 449 ff.

Zur Diskussion über die Gültigkeit des Kriegsrechts für die UN-Streitkräfte leistet auch die ILA ihren Beitrag. Auf der Sitzung im Jahre 1966 verabschiedete sie eine Resolution, in der sie den Vereinten Nationen empfiehlt, die Bestimmungen der Genfer Konventionen von 1949 und der Haager Konvention von 1954 in Bezug auf die UN-Streitkräfte zu respektieren, ILA, Session Helsinki 1966, S. 668.

[38]) Siehe Compte rendu de la IX^{e} Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Washington 1912.

[39]) X^{e} Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Genf 1921, Rés. XIV, S. 217.

[40]) Siehe Actes de la Conférence Internationale de la Croix-Rouge, London, 20.—24. 6. 1938.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Aus den Diskussionen des Roten Kreuzes in den Nachkriegsjahren sind konkrete Vorschläge für die Diplomatische Konferenz in Genf 1949 hervorgegangen [41]).

Die Diplomatische Konferenz hat jedoch diese Vorschläge, die eine integrale Anwendung der Genfer Konventionen für die Konflikte nicht internationalen Charakters zur Folge gehabt hätten, abgelehnt. Statt dessen wurde in dem gemeinsamen Art. 3 der Genfer Konventionen nur ein rudimentärer Mindeststandard des Schutzes geschaffen:

"In the case of armed conflict not of an international character occurring in the territory of one of the High Contracting Parties, each Party to the conflict shall be bound to apply, as a minimum, the following provisions:

(I) Persons taking no active part in the hostilities, including members of armed forces who have laid down their arms and those placed *hors de combat* by sickness, wounds, detention, or any other cause, shall in all circumstances be treated humanely, without any adverse distinction founded on race, colour, religion or faith, sex, birth or wealth, or any other similar criteria.

To this end, the following acts are and shall remain prohibited at any time and in any place whatsoever with respect to the above-mentioned persons:

(a) violence to life and person, in particular murder of all kinds, mutilation, cruel treatment and torture;

(b) taking of hostages;

(c) outrages upon personal dignity, in particular humiliating and degrading treatment;

(d) the passing of sentences and the carrying out of executions without previous judgment pronounced by a regularly constituted court, affording all the judicial guarantees which are recognized as indispensable by civilized peoples.

(2) The wounded and sick shall be collected and cared for. An impartial humanitarian body, such as the International Committee of the Red Cross, may offer its services to the Parties to the conflict.

The Parties to the conflict should further endeavour to bring into force, by means of special agreements, all or part of the other provisions of the present Convention.

The application of the preceding provisions shall not affect the legal status of the Parties to the conflict" [42]).

---

[41]) Siehe Projets de Conventions revisées ou nouvelles protégeant les victimes de la guerre. Textes approuvés et amendés par la XVII[e] Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Genf Oktober 1948, S. 11–12.

[42]) Siehe Geneva Convention for the Amelioration of the Condition of the Wounded and Sick in Armed Forces in the Field of August 12, 1949, UNTS Bd. 75, Nr. 970. — Rés. XIX: Secours en cas de conflits internes, XIX[e] Conférence Internationale de la Croix-Rouge, New Delhi, Oktober–November 1957, Résolutions, S. 10.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

In der Folgezeit stellte sich dann immer mehr die Frage einer Weiterentwicklung dieses Mindestschutzes. Die zentrale rechtspolitische Frage geht dahin: Welche Normen sind in welcher Art von internem bewaffneten Konflikt anwendbar? Dabei stellt sich im nicht internationalen Konflikt mit besonderer Schärfe das Problem der nicht konventionellen Kriegführung, der Guerilla, das aber auch für den internationalen Konflikt von Bedeutung ist (siehe unter 2).

In den Arbeiten des Roten Kreuzes entwickelte sich der Gedanke eines besonderen Zusatzprotokolls zu den Genfer Konventionen, das Fragen der nicht internationalen Konflikte regelt.

Es besteht hier ein enger Zusammenhang zwischen der Definition des internationalen Konflikts und den in ihm anwendbaren Normen. Je weiter diese Definition ist *(low threshold)*, um so weniger sind viele Staaten geneigt, eine umfangreiche völkerrechtliche Regelung des Konflikts zu akzeptieren. Hingegen sind die Staaten eher bereit, einer eingehenden Regelung zuzustimmen, wenn die Definition eng ist *(high threshold)*.

Während es nicht an Versuchen gefehlt hat, den nicht internationalen Konflikt durch eine positive Definition von internen Unruhen, auf die kriegsrechtliche Regelungen nicht mehr Anwendung finden, abzugrenzen[43]), beschränkte sich der Vorschlag des IKRK für die zweite Konferenz der Regierungsexperten auf eine Bezugnahme auf Art. 3 und eine beispielhafte Illustration dessen, was mit »nicht internationalem Konflikt« gemeint ist[44]):

> «Le présent Protocole, que précise et complète l'article 3 commun aux quatre Conventions de Genève du 12 août 1949 (ci-après dénommé l'article 3 commun), s'applique à tous les conflits armés ne présentant pas un caractère international visés à l'article 3 commun, notamment dans toute situation où sur le

---

[43]) Vgl. folgenden Vorschlag des Redaktionskomitees der II. Kommission der ersten Regierungsexpertenkonferenz (Rapport sur les travaux de la Conférence, Genf 1971, S. 72): «Le présent Protocole s'appliquera à tous les cas de conflit armé ne présentant pas un caractère international et se poursuivant sur le territoire de l'une des Hautes Parties contractantes pendant une longue période et,

1. dans lesquels des forces armées organisées mènent des activités hostiles contre les autorités au pouvoir, et les autorités au pouvoir emploient contre de telles personnes leurs propres forces armées, ou

2. des forces armées organisées mènent des activités hostiles et armées contre d'autres forces armées organisées, que les autorités au pouvoir emploient ou non leurs propres forces armées pour rétablir l'ordre.

3. hostilités ayant atteint un tel degré d'intensité que l'application du Protocole devient une nécessité humanitaire».

[44]) CICR, Conférence d'experts gouvernementaux 1972 (Anm. 12), Rapport sur les travaux de la Conférence (1972) Bd. 2, S. 16.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

territoire d'une des Hautes Parties contractantes, des hostilités de caractère collectif mettent aux prises des forces armées organisées et dirigées par un commandement responsable».

Wegen der Problematik des *high* oder *low threshold* löste das IKRK, um nicht den Schutzbereich des Art. 3 einzuschränken, in den Vorschlägen für die Diplomatische Konferenz den Anwendungsbereich des Protokolls II von demjenigen des Art. 3 und umschrieb den nicht internationalen Konflikt durch negative Abgrenzungskriterien.

«*Article premier. — Champ d'application matériel*

1. Le présent Protocole s'appliquera à tous les conflits armés qui ne sont pas couverts par l'article 2 commun aux Conventions de Genève du 12 août 1949 et se déroulent entre des forces armées ou groupes armés organisés, dirigés par un commandement responsable.

2. Le présent Protocole ne s'applique pas aux situations de troubles intérieurs et de tensions internes, notamment aux émeutes, aux actes isolés et sporadiques de violence et autres actes analogues.

3. Les dispositions qui précèdent ne modifient pas les conditions d'application de l'article 3 commun aux Conventions de Genève du 12 août 1949».

Danach muß man also drei Arten von bewaffneten Konflikten unterscheiden: solche im Sinne des Art. 3 der Genfer Konventionen, solche im Sinne des Protokolls II, internationale Konflikte im Sinne des Protokolls I.

Zwei Arten von Konflikten bereiten bei ihrer Einordnung in das System der Genfer Konventionen und der geplanten Zusatzprotokolle besondere Schwierigkeiten. Dies sind interne Konflikte mit Beteiligung dritter Staaten und die sog. Befreiungskämpfe. Bezüglich der erstgenannten Konflikte sah das IKRK in einem «Règlement concernant des cas particuliers de conflits armés ne présentant pas un caractère international»[45]) besondere Bestimmungen vor, die jedoch nicht in die Vorschläge für die Staatenkonferenz 1974 übernommen wurden. Für die sog. nationalen Befreiungskämpfe, d. h. insbesondere Kämpfe gegen Kolonialherrschaft und weiße Vorherrschaft im südlichen Afrika, besteht ein politischer Druck seitens der Dritten Welt und der sozialistischen Staaten, diesen Konflikten den Status internationaler Konflikte zuzuerkennen (mit der damit verbundenen Verbesserung der Stellung der Gefangenen). In diesem Sinne heißt es in der Resolution 3103 (XXVIII) der UN-Generalversammlung:

"3. The armed conflicts involving the struggle of peoples against colonial and alien domination and racist régimes are to be regarded as international

[45]) Rapport sur les travaux de la Conférence, Bd. 2 (1972), S. 22.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

armed conflicts in the sense of the 1949 Geneva Conventions, and the legal status envisaged to apply to the combatants in the 1949 Geneva Conventions and other international instruments is to apply to the persons engaged in armed struggle against colonial and alien domination and racist régimes.

4. The combatants struggling against colonial and alien domination and racist régimes captured as prisoners are to be accorded the status of prisoners of war and their treatment should be in accordance with the provisions of the Geneva Convention relative to the Treatment of Prisoners of War, of 12 August 1949.

5. The use of mercenaries by colonial and racist régimes against the national liberation movements struggling for their freedom and independence from the yoke of colonialism and alien domination is considered to be a criminal act and the mercenaries should accordingly be punished as criminals.

6. The violation of the legal status of the combatants struggling against colonial and alien domination and racist régimes in the course of armed conflicts entails full responsibility in accordance with the norms of international law".

In den Entwürfen des IKRK für die Diplomatische Konferenz wurden die Befreiungskämpfe allerdings nur in einer Anmerkung zu Art. 42 Protokoll I (siehe unter 2) erwähnt.

Die beiden vorgenannten Probleme sind Teilaspekte eines allgemeineren Problems, nämlich des Übergangs vom nicht internationalen zum internationalen Konflikt. Dazu hatte das IKRK in dem bereits erwähnten (der Diplomatischen Konferenz nicht mehr vorgelegten) Règlement für besondere Fälle des nicht internationalen Konflikts[46]) folgende Bestimmung vorgesehen.

«Lorsque, en cas de conflit armé non international, la Partie qui s'oppose aux autorités au pouvoir présente les éléments constitutifs d'un Etat — notamment si elle exerce la puissance publique sur une partie du territoire, dispose d'un gouvernement provisoire et d'une administration civile organisée, ainsi que des forces armées régulières — les Parties au conflit appliqueront l'ensemble du droit international humanitaire applicable dans les conflits armés internationaux. Lorsque, en cas de conflit armé non international, l'une ou l'autre Partie — ou les deux — bénéficie, de la part d'un Etat tiers, du concours de forces armées opérationnelles, les Parties au conflit appliqueront l'ensemble du droit international humanitaire applicable dans les conflits armés internationaux»[47]).

Für die Sachregelungen im nicht internationalen Konflikt stellen sich zwei Kernfragen: die Behandlung der »Zivilbevölkerung«, d. h. derer, die sich nicht unmittelbar am Kampf beteiligen, und die Behandlung derer,

---

[46]) Rapport Bd. 2 (1972), S. 22.

[47]) Projets de Protocoles additionnels aux Conventions de Genève du 12 août 1949, CICR (Genf Juni 1973), S. 15, 22.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

die in die Hände des Gegners fallen. In der IKRK-Vorlage für die Staatenkonferenz ist die letztere Frage in einem besonderen Abschnitt II des Protokolls II behandelt, die erstere vor allem im Abschnitt V »Zivilbevölkerung«. Für beide Fragenkreise ist die grundlegende Bestimmung in Abschnitt II wichtig:

«Article 6. — Garanties fondamentales

1. Toutes les personnes qui ne participent pas directement ou ne participent plus aux hostilités, qu'elles soient ou non privées de liberté, ont droit au respect de leur personne, de leur honneur, de leurs convictions et pratiques religieuses. Elles seront, en toutes circonstances, traitées avec humanité, sans aucune distinction de caractère défavorable.

2. Sont et demeurent prohibés en tout temps et en tout lieu, à l'égard des personnes visées à l'alinéa premier:

a) les atteintes portées à la vie et à l'intégrité corporelle, notamment le meurtre sous toutes ses formes, les mutilations, les traitements cruels et les actes de torture;

b) la prise d'otages;

c) les actes de terrorisme sous forme d'actes de violence dirigés contre elles;

d) les atteintes à la dignité de la personne, notamment les traitements humiliants et dégradants;

e) l'esclavage et la traite des esclaves sous toutes leurs formes;

f) le pillage;

g) la menace de commettre les actes précités.

3. Les femmes seront l'objet d'un respect particulier et seront protégées, notamment contre le viol, la contrainte à la prostitution et tout autre attentat à la pudeur».

Art. 7 regelt den Schutz des außer Gefecht gesetzten Gegners, Art. 8 den der Gefangenen und Häftlinge, Art. 9 und 10 Fragen des Strafrechts und der Strafverfolgung. Ein wesentliches Element ist dabei, daß diese Regeln die Bestrafung wegen einer Beteiligung an den Kampfhandlungen (auch wenn die Regeln des Kriegsrechts dabei eingehalten wurden) nicht ausschließen, wie aus Art. 10 Abs. 5 deutlich wird:

«5. En cas de poursuite pour le seul fait d'avoir pris part aux hostilités, le tribunal, pour fixer la peine, prendra en considération, dans la plus large mesure possible, le fait que le prévenu a respecté les dispositions du présent Protocole»[48]).

Für die Frage der Rechtsstellung der Zivilbevölkerung im Konflikt nicht internationalen Charakters hat das IKRK eine ähnliche, wenn auch teilweise weniger eingehende, Regelung empfohlen (Art. 24—35) wie im Protokoll betreffend den Schutz der Opfer in Konflikten internationalen Charakters, dergleichen im Falle des Schutzes der Kranken, Verwundeten und

[48]) *Ibid.*

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Schiffbrüchigen (Art. 11–19) und der Kampfmittel und -methoden (Art. 20–23).

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die vorgeschlagene Regelung in manchen Bereichen einen breiteren Schutz im Vergleich zum geltenden Recht bringt, jedoch manche Fragen, wie z. B. die Festlegung der Bedingungen für die Legalität des Kombattanten, der Bedingungen für die volle Anwendung des humanitären Rechts u. a., offenläßt. Daß sie in Art. 1 Abs. 2 die Anwendung des Protokolls auf bewaffnete Konflikte einer gewissen niedrigen Stufe ausklammert, bzw. daß sie die Strafbarkeit der Personen für bloße Teilnahme an den bewaffneten Auseinandersetzungen voraussetzt (Art. 10 Abs. 5), bedeutet im Vergleich zu früheren Vorschlägen einen Schritt zurück, der aber wohl angesichts des Widerstands vieler Staaten unvermeidlich war.

2. Die Stellung der Kombattanten — Guerillakrieg

Die Definition des Kombattanten, d. h. der Personen, die nach Kriegsrecht zur Vornahme von Kampfhandlungen berechtigt sind (und andererseits stets ein legitimes militärisches Ziel darstellen), gehört zu den schwierigsten Problemen des heutigen Kriegsrechts, war aber schon immer umstritten. Die Definition, die in der HLKO 1899/1907 gegeben und in den Genfer Konventionen 1949 im wesentlichen übernommen wurde, ist durch die Praxis der Guerilla stark in Frage gestellt worden.

Unter dem Begriff »Guerillakrieg« ist nicht eine Kategorie des Konflikts, sondern eine Methode des Kampfes zu verstehen. Die Konflikte in der letzten Zeit haben gezeigt, daß der Guerillakrieg immer mehr an Bedeutung gewinnt. Der Guerillakrieg wird als selbständige oder ergänzende Methode des bewaffneten Kampfes sowohl in den Konflikten internationalen Charakters als auch in den Konflikten nicht internationalen Charakters angewendet. Seine Bedeutung wird unterstrichen durch die Tendenz, den Befreiungskampf der Nationen in den Kolonien — der überwiegend eine Guerillakriegsform hat — als legal anzusehen[49]), und durch die Tatsache, daß der Guerillakrieg von einigen kleineren Staaten (z. B. Rumänien, Jugoslawien) im Falle des Krieges mit einer Großmacht zur offiziellen militärischen Doktrin erklärt wurde.

[49]) Siehe vor allem Res. 2465 (XXIII), die nach dem Bericht des UN-Generalsekretärs "reaffirm the legitimacy of the struggle of the colonial peoples to exercise their right to self-determination and independence, and urge all States in particular to give the necessary moral, political and material support to the peoples of those territories in their legitimate struggle to achieve freedom and independence", 25th Session, Agenda item 217, A/8052.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Die HLKO definiert den Kombattanten wie folgt:

«Article Premier. Les lois, les droits et les devoirs de la guerre ne s'appliquent pas seulement à l'armée, mais encore aux milices et aux corps de volontaires réunissant les conditions suivantes:

1°. d'avoir à leur tête une personne responsable pour ses subordonnés;

2°. d'avoir un signe distinctif fixe et reconnaissable à distance;

3°. de porter les armes ouvertement et

4°. de se conformer dans leurs opérations aux lois et coutumes de la guerre»[50]).

Die Praxis der Guerillakriege in der Periode nach der Genfer Regelung jedoch zeigte, daß diese Regelung einen zu engen Rahmen für den Guerillakrieg darstellt. Die Überschreitung dieses Rahmens hat Sanktionen hervorgerufen, die wieder mit den Repressalien beantwortet wurden.

Diese ungenügende und den geänderten Kampfmethoden nicht entsprechende Rechtslage hat Kritik hervorgerufen. Insbesondere das Erfordernis des festen, von ferne erkennbaren Unterscheidungszeichens und des offenen Waffentragens werden der Realität der Guerilla nicht gerecht. Einen repräsentativen Ausdruck dieser Kritik findet man in der für die Konferenz der Regierungsexperten bzw. für die Diplomatische Konferenz vorbereiteten Dokumentation des IKRK[51]).

In seinem Vorschlag für die Konferenz der Regierungsexperten legte das IKRK eine komplexe Regelung der Problematik vor[52]); diese Konferenz ist jedoch zu keinem definitiven Schluß gekommen[53]).

In der zweiten Fassung des «Projet de protocole additionnel aux Conventions de Genève du 12 août 1949 relatif à la protection des victimes des conflits armés internationaux», die der Staatenkonferenz vorgelegt wurde, versucht das IKRK die erwähnten Fragen wie folgt zu regeln:

«Article 42. — Nouvelle catégorie de prisonniers de guerre

1. En plus des personnes visées par l'article 4 de la III^{e} Convention, sont prisonniers de guerre les membres des mouvements organisés de résistance tombés au pouvoir de l'ennemi, pourvu que ces mouvements appartiennent à une Partie au conflit, même si cette Partie est représentée par un Gouvernement

[50]) Siehe Deuxième Conférence Internationale de la Paix, Den Haag, 15. 6.—18. 10. 1907, Actes et documents Bd. 1, S. 629.

[51]) Das Rote Kreuz und auch die UN haben zur Frage des Guerillakrieges Stellung eingenommen, jedoch nur im Hinblick auf die Nichtrespektierung der humanitären Bestimmungen. Conférence d'experts gouvernementaux 1972 (Anm. 12) Bd. 2 (Annexes), S. 5 f.

[52]) Es sollte sich um sog. *règles-type minima* handeln, die auf alle Konflikte anwendbar wären, welche nicht den Bedingungen der Art. 2 und 3 der Genfer Konventionen entsprechen und deren Annahme durch die Kriegsparteien ihre Rechtsposition keinesfalls beeinflussen sollte.

[53]) Siehe CICR, Conférence d'experts gouvernementaux sur la réaffirmation et le développement du droit international humanitaire applicable dans les conflits armés, Genf 24. 5.—12. 6. 1971, Rapport sur les travaux de la Conférence Bd. 2 (1971), S. 60—71.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

ou une Autorité non reconnus par la Puissance détentrice, et pourvu que ces mouvements remplissent les conditions suivantes:

a) être placés sous un commandement responsable pour ses subordonnés à l'égard d'une Partie au conflit;

b) se distinguer, dans les opérations militaires, de la population civile;

c) se conformer, dans les opérations militaires, aux Conventions et au présent Protocole.

2. La non-observation des conditions ci-dessus par des membres isolés du mouvement de résistance ne privera pas du statut de prisonnier de guerre les autres membres du mouvement. Les membres du mouvement de résistance qui auraient commis des violations des Conventions et du présent Protocole bénéficieront, en cas de poursuites pénales, des garanties judiciaires prévues par la III[e] Convention et conserveront, même s'ils sont condamnés, le statut de prisonniers de guerre».

Der Entwurf des IKRK mindert dergestalt die Bedingungen, die die geltende Regelung für die Rechtmäßigkeit des Kombattantenstatus erfordert. Es wird auf die offene Führung der Waffen und das aus der Ferne erkennbare Abzeichen verzichtet. Andererseits bleibt die Notwendigkeit der Abgrenzung gegenüber der Zivilbevölkerung, die zu deren Schutz unabdingbar notwendig ist, in einer freilich sehr unpräzisen Form erhalten.

In seinem Entwurf versucht das IKRK die Begrenzung des Kombattantenbegriffs noch auf eine andere Weise zu präzisieren:

«Article 40. — Missions indépendantes

1. Ne seront pas considérés comme espions les membres des forces armées en uniforme et autres combattants visés par l'article 4 de la III[e] Convention et les combattants visés par l'article 42 qui se distinguent dans leurs activités de la population civile et qui, ayant pénétré ou étant restés sur le territoire contrôlé par l'ennemi, recueillent ou cherchent à recueillir des renseignements d'ordre militaire en vue de les transmettre.

2. Ne seront pas considérés comme saboteurs les membres des forces armées en uniforme et autres combattants visés par l'article 4 de la III[e] Convention et les combattants visés par l'article 42 qui se distinguent dans leurs activités de la population civile et qui, ayant pénétré ou étant restés sur le territoire contrôlé par l'ennemi, y opèrent ou cherchent à y opérer des destructions d'objectifs militaires.

3. En cas de capture, les personnes mentionnées aux deux premiers alinéas seront prisonniers de guerre».

Für die Stärkung des Rechtsstatus der Kombattanten bemüht sich das IKRK, klare Grenzen zwischen dem den Widerstand leistenden und dem sich ergebenden Kombattanten zu ziehen. Insbesondere die Regelung betreffend den Luftkrieg ist von besonderer Bedeutung.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

«Article 38. — Sauvegarde de l'ennemi hors de combat et quartier

1. Il est interdit de tuer, blesser, maltraiter or torturer un ennemi hors de combat. Est hors de combat tout ennemi qui, ayant mis bas les armes, n'a plus les moyens de se défendre ou a fait acte de reddition. Ces conditions sont notamment réputées remplies lorsque l'ennemi:

a) est dans l'incapacité de s'exprimer ou

b) s'est rendu ou a clairement exprimé son intention de se rendre

c) et s'abstient de tout acte d'hostilité et ne tente pas de s'évader.

2. Toute Partie au conflit reste libre de renvoyer à la Partie adverse, après les avoir mis en état de faire le trajet sans danger pour leur sécurité, les combattants qu'elle ne voudra pas garder prisonniers.

3. Il est interdit d'ordonner qu'il n'y aura pas de survivants, d'en menacer l'adversaire et de conduire la lutte en fonction de cette décision.

Article 39. — Occupants d'aéronefs

1. Les occupants d'un aéronef en perdition ne seront pas attaqués lorsque leur mise hors de combat est évidente, qu'ils quittent ou non l'aéronef en perdition. Un aéronef n'est pas réputé en perdition du seul fait que ses moyens de combat sont épuisés . . .»[54]).

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die entworfene Regelung vor allem hinsichtlich des Kombattantenbegriffs jenen Stimmen weit entgegenkommt, die nach seiner Erweiterung gerufen haben.

3. Schutz der Kranken, Verwundeten und des Sanitätspersonals

Einige Jahre nach dem Abschluß der Genfer Konventionen aus dem Jahre 1949 ist deutlich geworden, daß einige Fragen nicht ausreichend geregelt wurden — vor allem die Frage der Rechtsstellung des zivilen Sanitätspersonals. Diese Unzulänglichkeit der Regelung betrifft die Konflikte sowohl internationalen als auch nicht internationalen Charakters[55]).

Mit dieser Problematik befaßte sich, zunächst in Bezug auf die Konflikte nicht internationalen Charakters, bereits die XIX. Internationale Konferent des Roten Kreuzes in New Delhi im Jahre 1957. In Res. Nr. XVII forderte die Konferenz folgende Regelung:

---

[54]) Siehe Projets de Protocoles additionnels aux Conventions de Genève du 12 août 1949, Commentaires (Genf Oktober 1973), S. 45, 46.

[55]) Art. 3 der Genfer Konventionen widmet diesen Fragen sehr kurze Aufmerksamkeit: «. . . les personnes . . . mises hors de combat par maladie, blessure . . . seront, en toutes circonstances, traitées avec humanité, sans aucune distinction de caractère défavorable» (Abs. 1); «Les blessés et malades seront recueillis et soignés» (Abs. 2).

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

«a) les blessés soient soignés sans discrimination, et que les médecins ne soient inquiétés en aucune manière à l'occasion des soins qu'ils sont appelés à donner dans ces circonstances,

b) le principe sacré du secret médical soit respecté,

c) il ne soit apporté à la vente et à la libre circulation des médicaments aucune restriction autre que celles prévues par la législation internationale, étant entendu que ces médicaments seront exclusivement utilisés à des fins thérapeutiques»[56]).

Für die XX. Konferenz des Roten Kreuzes hat das IKRK ein breiteres «Projet de règles assurant la protection des blessés, des malades et du personnel médical et infirmier civil en temps de conflit»[57]) vorgelegt. Hinsichtlich dieses Vorschlags haben sowohl die XX. als auch die XXI. Konferenz die entsprechenden Resolutionen angenommen[58]).

Neben dem Roten Kreuz haben sich mit den gegebenen Fragen noch andere Organisationen befaßt: l'Association Médicale Mondiale, le Comité international de Médecine et de Pharmacie militaires, l'Organisation Mondiale de la Santé, la Commission Médico-juridique de Monaco, le Comité international de la Neutralité de la Médecine und die International Law Association[59]).

Das IKRK hat für die Konferenz der Regierungsexperten zwei Resolutionen vorbereitet, die als Grundlage für die Diskussion in der I. Kommission wurden[60]). Die Konferenz hat die Vorschläge der I. Kommission — die hinsichtlich der vor dem IKRK vorgelegten Vorschläge im wesentlichen nur eine Präzisierung der Formulierungen darstellen — gut geheißen[61]).

Auf Grund der Diskussionen auf der Konferenz der Regierungsexperten und auf Grund noch weiterer Unterlagen (siehe oben) hat das IKRK eine umfassende Regelung dieser Fragen der Diplomatischen Konferenz vorgelegt:

Schutz und Fürsorge für Verwundete und Kranke: «Ils seront, en toutes circonstances, traités avec humanité et recevront, dans les délais les plus

---

[56]) XIX[e] Conférence Internationale de la Croix-Rouge, New Delhi, Oktober—November 1957, Résolutions, S. 10.

[57]) Conférence d'experts gouvernementaux 1971 (Anm. 53), VII: Protection des blessés et des malades, Annexe III, S. 14.

[58]) Siehe Res. Nr. XXX der XX. Konferenz und Res. Nr. XVI der XXI. Konferenz des Roten Kreuzes; in: XX[e] Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Wien, Oktober 1965, Résolutions, S. 24; XXI[e] Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Istanbul, September 1969, Résolutions, S. 13.

[59]) Siehe Conférence d'experts gouvernementaux (Anm. 53), S. 2; die ILA hat im Jahre 1968 auf ihrer 53. Sitzung in Buenos Aires die entsprechende Resolution angenommen.

[60]) *Ibid.*, S. 4—8 und 33 f.

[61]) Rapport sur les travaux de la Conférence Bd. 1 (1972) Annexe I und II, S. 55.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

brefs, les soins qu'exige leur état, sans aucune distinction de caractère défavorable» (Art. 10 Abs. 2);
Status und Schutz der Sanitätseinheiten: «Les unités sanitaires permanentes seront en tout temps respectées et protégées; elles ne seront jamais l'objet d'attaques. Les unités sanitaires temporaires seront respectées et protégées pendant la durée de leur affectation sanitaire» (Art. 12 Abs. 1);
Status und Schutz des Sanitätspersonals: «Le personnel sanitaire civil sera respecté et protégé. Le personnel sanitaire civil temporaire sera respecté et protégé pendant la durée de sa mission sanitaire» (Art. 15 Abs. 1 und 2);
Allgemeiner Schutz der medizinischen Tätigkeit: «Nul ne sera puni pour avoir exercé une activité de caractère médical conforme à la déontologie, quels que soient les circonstances ou les bénéficiaires de cette activité» (Art. 16 Abs. 1);
Verbot von Repressalien: «Les mesures de représailles contre les blessés, les malades, les naufragés, le personnel, les unités et les moyens de transport sanitaires visés par le présent Titre sont interdites» (Art. 20 Abs. 1).

Eine bedeutsame Fortentwicklung des Rechts der Genfer Konventionen stellt vor allem die im Zusatzprotokoll I (für den internationalen Konflikt) enthaltene Regelung der Sanitätslufttransporte dar. Nach der I. Genfer Konvention (Art. 36) ist nur der *vol convenu* geschützt, d. h. ein Sanitätstransport, dessen Durchführung zwischen den Konfliktsparteien vereinbart ist. Nach den vorgelegten Neuregelungen ist eine Zustimmung des Gegners nur noch für Flüge über von diesem beherrschtes oder eine solche des Neutralen bei Flügen über neutrales Gebiet erforderlich. Bei Flügen über dem Kampfgebiet ist eine Vereinbarung mit den örtlichen Befehlshabern Voraussetzung eines wirksamen Schutzes. Ohne fremde Zustimmung sind geschützt Flüge über dem von der eigenen Partei oder ihren Verbündeten beherrschten Gebiet oder über von keiner Partei beherrschte Seegebiete.

4. Der Schutz der Zivilbevölkerung und nicht militärischer Objekte

4.1. Die Definition der Zivilbevölkerung

Die Vertragsnormen des internationalen Kriegsrechts enthalten keine Definition der Zivilbevölkerung, wenn sie auch mit dem Begriff der Zivilbevölkerung oft operieren. Bei Definitionsversuchen hat sich einerseits ein Problem formellen Charakters herausgestellt: ob eine globale Definition aufzustellen oder der Begriff der Zivilbevölkerung durch Aufzählung

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

bestimmter Gruppen abzugrenzen ist; ob die Zivilbevölkerung positiv zu definieren oder die Definition durch eine negative Umschreibung zu erreichen ist. Die sachliche Problematik andererseits konzentrierte sich auf die Festsetzung der Grenzen zwischen der Zivilbevölkerung und der »nicht zivilen« Bevölkerung, die sich vor allem nach Art und Maß der Teilnahme an den bewaffneten Aktionen bestimmt. In diesem zweiten Falle handelte es sich vor allem um die Abgrenzung des Begriffes Quasikombattant.

Schon vor dem zweiten Weltkrieg wurden einige Versuche zur Definition der Zivilbevölkerung unternommen [62]).

Die Genfer Abkommen charakterisieren die Zivilbevölkerung in Art. 4 der Abkommen I—III nur indirekt. In Art. 3 direkt, aber sehr kurz: "Persons taking no active part in the hostilities . . ." [63]).

Erst der Entwurf des IKRK 1956 befaßt sich ausführlicher mit der Definition der Zivilbevölkerung:

«Aux sens des présentes règles, la population civile comprend toute personne n'appartenant pas à l'une des catégories suivantes:

a) membres des forces armées ou des organisations auxiliaires ou complémentaires de celles-ci;

b) personnes qui, sans appartenir aux formations précités, prennent néanmoins part au combat»[64]).

Das Institut de Droit International befaßte sich in der Nachkriegszeit mit der Problematik der Zivilbevölkerung zweimal — im Jahre 1957 und

---

62) Siehe z. B. Rapport adopté par la Commission internationale d'experts pour la protection juridique des populations civiles contre les dangers de la guerre aéro-chimique, Genève, 1er — 5 décembre 1931: «Le caractère industriel et technique de la guerre a amené les populations civiles à collaborer de plus en plus étroitement, au cours des hostilités, à la préparation et à l'entretien des moyens de combat, sans lesquels une guerre moderne ne peut plus être menée; les ouvriers de certaines industries et les employés non militarisés des entreprises de transports . . . deviennent ainsi un personnel indispensable à la conduite de la guerre. Toutefois, ce personnel conserve aux yeux de la Commission, le caractère de population civile», Recueil de textes conventionnels et de documents concernant la protection juridique des populations et victimes de la guerre contre les dangers de la guerre aérienne ou des armes aveugles, Genève (2. Aufl. 1955), S. 68. Ferner: «La population civile comprend toutes les personnes qui ne sont pas enrôlées dans l'armée». Avant-projet de convention adopté à Monaco, février 1934, Recueil CICR, S. 10.

"The phrase 'civilian population' within the meaning of this Convention shall include all those not enlisted in any branch of the combatant services nor for the time being employed or occupied in any belligerent establishment as defined in Art. 2" (französischer Text: «qui ne participent pas directement ou indirectement à la défense du territoire . . .»), Draft Convention for te Protection of Civilian Populations against New Engins of War, 40th Conference of the ILA, Amsterdam 1938, S. 41.

63) UNTS Bd. 75, S. 138 ff.

64) Projet de règles limitant les risques courus par la population civile en temps de guerre, CICR (Genf 1958), S. 7.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

1969. In beiden entsprechenden Dokumenten finden wir folgende Charakterisierung der Zivilbevölkerung: «... la population civile ne prenant pas part d'une façon directe aux hostilités»[65]). «L'obligation de respecter la distinction ... entre les personnes qui prennent part aux hostilités et les membres de la population civile»[66]).

Eine kurze Fassung des Begriffs der Zivilbevölkerung finden wir auch in zwei Resolutionen der UN-Generalversammlung: in Res. 2673 (XXV) ist die Zivilbevölkerung als "persons not taking part in the hostilities"[67]), in Res. 2675 (XXV) ist sie auf eine negative Weise charakterisiert: "... a distinction must be made at all times between persons actively taking part in the hostilities and civilian populations"[68]).

Eine Definition der Zivilbevölkerung findet man auch in den Dokumenten, die das IKRK für die Konferenz der Regierungsexperten[69]) und später für die Diplomatische Konferenz vorbereitet hat. In der letzten Fassung vom Jahre 1973 wird die Zivilbevölkerung folgendermaßen definiert:

---

[65]) Projet définitif de Résolutions, Ann. IDI 1957.

[66]) «La distinction entre les objectifs militaires et non militaires en général et notamment les problèmes que pose l'existence des armes de destruction massive», Résolution adoptée par l'Institut à la session d'Edinbourg, 4—13 septembre 1969, Ann. IDI 1969 II, S. 358.

[67]) Res. 2673 (XXV) "Protection of Journalists Engaged in Dangerous Missions in Areas of Armed Conflict", GAOR 25th Sess., Suppl. No. 28 (A/8028).

[68]) Res. 2675 (XXV) "Basic Principles for the Protection of Civilian Populations in Armed Conflicts", GAOR 25th Sess., Suppl. No. 28 (A/8028). Der Congrès international de droit humanitaire, in der sog. Déclaration de San Remo definiert die Zivilbevölkerung formal wie Res. 2675 (XXV), jedoch mit dem unterschiedlichen Inhalt: (der Unterschied) «entre les personnes participant aux hostilités et la population civile», CICR 1970, S. 731.

[69]) In den auf der Konferenz der Regierungsexperten vorgelegten Entwürfen formuliert das IKRK den Begriff der Zivilbevölkerung auf doppelte Weise:

«Première proposition: Les personnes civiles constituent la population civile. Sont des personnes civiles toutes celles qui ne font pas partie des forces armées ni des organisations qui leur sont rattachées ou qui ne participent pas directement aux opérations militaires (ou: opérations de caractère militaire). Les personnes précitées dont l'activité peut contribuer directement à l'effort militaire n'en perdent pas pour autant leur qualité de personnes civiles».

«Deuxième proposition: Les personnes qui ne font pas parties des forces armées ni des organisations qui leur sont rattachées, ou qui ne participent pas directement aux opérations militaires (ou: opérations de caractère militaire), sont civiles, et comme telles, elles constituent la population civile», Conférence d'experts gouvernementaux 1971 (Anm. 53), III: Protection de la population civile contre les dangers des hostilités, S. 25 f. (Hervorhebung vom Verf.).

In den Militärhandbüchern der Hauptmilitärmächte findet man keine rechtlich relevante Bestimmung über die Definition der Zivilbevölkerung. Erwähnenswert ist vielleicht die Formulierung in »Völkerrechtliche Grundsätze der Landkriegführung« a.a.O. (oben Anm. 29): »Zu den Nichtkombattanten gehören auch alle anderen Zivilpersonen, die sich nicht an Kriegshandlungen beteiligen. Die Ausübung einer anderen kriegswichtigen Tätigkeit, z. B. als Rüstungsarbeiter, ist keine Teilnahme an Kriegshandlungen«, Art. 43.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

«Article 45. — Définition des civils et de la population civile.

1. Est considérée comme civile toute personne qui n'appartient pas à l'une des catégories des forces armées visées par l'article 4 A, chiffres 1, 2, 3, et 6 de la III[e] Convention et par l'article 42.

2. La population civile comprend toutes les personnes civiles.

3. La présence au sein de la population civile de personnes isolées ne répondant pas à la définition de personne civile ne prive pas cette population de sa qualité.

4. En cas de doute, la qualité de personne civile sera présumée»[70]).

Es handelt sich hier stets um negative Abgrenzungen. Damit ist die Definition der Zivilbevölkerung unlösbar mit der bereits dargestellten Problematik des Kombattantenbegriffs verknüpft und sind strittige Randerscheinungen offen gelassen.

4.2. Die Definition des militärischen Objekts

Im Zusammenhang mit der Definition des militärischen oder nicht militärischen Objekts stellen sich folgende Fragen:

---

[70]) Projets de Protocoles additionnels aux Conventions de Genève du 12 août 1949, Commentaires (Genf Oktober 1973), S. 57. Inhaltlich identische Definition enthält auch der Entwurf des Protokolls betreffend die Konflikte nicht internationaen Charakters (Art. 25).

Es ist zu erwähnen, daß in dem Bericht des UN-Generalsekretärs "Respect for Human Rights in Armed Conflicts", Doc. A/8052 vom 18. 9. 1970 die Zivilbevölkerung wie folgt definiert wird:

"For the purposes of the applicability of standard minimum rules protecting civilians from the dangers of military operations, it may be accepted that those not taking part in hostilities would be considered as civilians. The following would not be classified as civilians: members of the armed forces or of their auxiliary or complementary organizations; and persons not belonging to the forces referred to above but nevertheless taking part in the fighting or contributing directly to the conduct of military operations. Any persons not within these categories would be considered as forming part of the *bona fide* civilian population which should be protected from any attack, and it is for the protection of these persons that the standard minimum rules would be intended. The rules would be applicable irrespective of the nationality of the civilians or their status as refugees or stateless persons" (para. 39).

Einigermaßen unterschiedlich wird die Zivilbevölkerung im Teil über die Befreiungs- und Antikolonialkriege definiert: "'Civilians' should include all persons who do not use weapons on behalf of either party to the conflict, as well as all persons who do not support any of the parties by deliberate actions such as sabotage, spying or recruiting activities, or by making propaganda upon instruction of or in liaison with either party to the conflict, the main element being to stress the international and deliberate character of the actions characterizing 'participation in the conflict', and to protect as civilians, in particular, those who may only have family or social links with freedom-fighters and those who spontaneously express opinions (as distinct from directed propaganda and from public and specific incitement to violence) favourable to one party to the conflict" (para. 234).

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Formell: Soll die Definition einen allgemeinen Charakter haben oder soll sie als eine konkrete Aufzählung der Ziele gefaßt werden?

Materiell: Ist unter dem militärischen Objekt ein Ziel zu verstehen, das ausschließlich den militärischen Zwecken dient (sog. reines militärisches Objekt), oder auch ein Ziel, das teilweise für die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung bestimmt ist (sog. gemischtes militärisches Objekt)? Ist ein solches reines oder gemischtes militärisches Objekt generell oderunter der Voraussetzung, daß ein klarer militärischer Vorteil erreicht wird, angreifbar? Was bedeutet letztere Voraussetzung für den Begriff des militärischen Objekts einerseits in der Kampfzone, andererseits im Hinterland?

Schon in den Haager Abkommen 1907 findet man Bestimmungen, die man als Definition des militärischen Objekts – in einem weiteren Sinne – betrachten kann[71]).

Neben Art. 25 HLKO sei die Begriffsbestimmung des militärischen Objekts in Art. 2 des Haager Abkommens über die Beschießung durch Seestreitkräfte in Kriegszeiten genannt:

«Toutefois, ne sont pas compris dans cette interdiction les ouvrages militaires ou navals, dépôts d'armes ou de matériel de guerre, ateliers et installations propres à être utilisés pour des besoins de la flotte ou de l'armée ennemie, et les navires de guerre se trouvant dans le port»[72]).

Der erste Versuch, das militärische Objekt nach modernen Kriterien zu definieren, findet sich in den sog. Haager Luftkriegsregeln von 1922:

«1. Le bombardement aérien n'est légitime que lorsqu'il est dirigé contre un objectif militaire c'est-à-dire un objectif dont la destruction totale ou partielle constituerait pour le belligérant un avantage militaire net;

2. Un tel bombardement n'est légitime que s'il est dirigé exclusivement contre les objectifs suivants: forces militaires, usines constituant des centres importants et bien connus employés à la fabrication d'armes, de munition ou de fournitures militaires caractérisées, lignes de communication ou de transport dont il est fait usage pour des buts militaires;

3. Le bombardement de cités, de villes, de villages, d'habitations et d'édifices qui ne se trouvent pas dans le voisinage immédiat des opérations des forces de terre est interdit . . .

4. Dans le voisinage immédiat des opérations des forces de terre, le bombardement des cités, villes, villages, habitations et édifices est légitime, pourvu qu'il existe une présomption raisonnable que la concentration militaire y est assez

---

[71]) Es muß jedoch betont werden, daß die Haager Abkommen 1907 teilweise auf dem Verteidigungsprinzip beruhen.

[72]) Deuxième Conférence Internationale de la Paix, Den Haag, 15. 6. – 18. 10. 1907, Actes et Documents Bd. I.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

importante pour justifier le bombardement, en tenant compte du danger ainsi couru par la population civile»[73]).

In der Vorkriegszeit findet man weitere Definitionen des militärischen Objekts im sog. Projekt von Monaco 1934[74]) und im Projekt der ILA (1938)[75]).

In der Nachkriegszeit gibt es sowohl in den Genfer Abkommen 1949 (Art. 3 der III. Konvention) als auch in den Abkommen für den Schutz der Kulturgüter im Falle des bewaffneten Konflikts (Art. 8) einige Bestimmungen, die man als gewisse Formulierung oder Begrenzung des Begriffs des militärischen Objekts betrachten kann.

Im Entwurf des Roten Kreuzes vom Jahr 1956 wurde ein Versuch unternommen, eine möglichst komplette Definition vorzulegen.

Das militärische Objekt ist vor allem auf allgemeine Weise erfaßt:

«Sont seuls considérés comme tels les objectifs appartenant à une des catégories d'objectifs qui offrent, par leur nature même, un intérêt militaire généralement reconnu. Une annexe aux présentes règles indique ces catégories.

Toutefois, même s'ils appartiennent à une de ces catégories, ils ne peuvent être considérés comme objectifs militaires lorsque leur destruction totale ou partielle n'offre dans les circonstances du moment, aucun avantage militaire» (Art. 7).

In der Anlage zu den Regeln bemüht sich das IKRK um die sachliche Abgrenzung des militärischen Objekts durch die Aufzählung einzelner militärischer Objekte:

«I. Les catégories d'objectifs énumérées ci-dessous sont considérées comme présentant un intérêt militaire généralement reconnu:

1. Les forces armées, y compris leurs organisations auxiliaires ou complémentaires, et les personnes qui, sans appartenir aux formations précitées, prennent néanmoins part au combat.

2. Les positions, installations ou constructions occupées par les forces indiquées au chiffre I ci-dessus, ainsi que les objectifs de combat (c'est-à-dire ceux qui font directement l'objet du combat des forces terrestres ou maritimes, y compris les forces aéroportées).

3. Les installations, constructions et autres ouvrages de caractère militaire, tels que les casernes, les fortifications, les Ministères militaires (par exemple Guerre, Marine, Air, Défense nationale, Armement), et autres organes de direction et d'administration militaires.

4. Les dépôts d'armes ou de matériels de guerre, tels que les dépôts de munitions, d'équipements, de carburants, les parcs de véhicules.

---

[73]) Règles concernant le contrôle de la radiotélégraphie en temps de guerre et la guerre aérienne, RGDIP, 1923, Doc., S. 1.

[74]) Recueil CICR, S. 10.

[75]) 40th Conference of the ILA, Amsterdam 1938, S. 41.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

5. Les places d'aviation, les rampes de lancement de fusées et les installations des bases navales militaires.

6. Les lignes et moyens de communication — tels que les rails, les routes, les ponts, les galéries, les canaux — qui sont d'intérêt essentiellement militaire.

7. Les installations des stations de radiodiffusion et de télévision, les centres téléphoniques et télégraphiques d'intérêt essentiellement militaire.

8. Les industries d'un intérêt essentiel pour la conduite de la guerre:

a) les industries destinées à la fabrication d'armements, tels que les armes, les munitions, les fusées, les véhicules blindés, les avions de guerre, les constructions navales de guerre, y compris la fabrication des pièces accessoires et de tous autres moyens de guerre;

b) les industries destinées à la fabrication de fournitures et de matériel de guerre, tels que le matériel de transport et de transmission, le matériel et l'équipement des forces armées;

c) les usines ou installations constituant d'autres centres de production et de fabrication essentielles pour la conduite de la guerre, telles que les industries métallurgiques, mécaniques, chimiques, de caractère ou à destination nettement militaire;

d) les installations de dépôt et de transport qui sont essentiellement destinées aux industries citées sous lettres a)—c);

e) les installations productrices d'énergie destinée essentiellement à la conduite de la guerre, telles que des exploitations de charbon, de carburants, d'énergie atomique, de même que des usines à gaz ou des installations d'énergie électrique ayant principalement une destination militaire.

9. Les installations constituant des centres d'études, d'expérimentation et de développement de moyens de guerre.

II. Sont exceptés, toutefois, de la liste qui précède:

1. Les personnes, constructions, installations ou transports protégés par les Conventions de Genève I, II, III, du 12 août 1949;

2. les non-combattants des forces armées qui de toute évidence ne prennent pas une part active et directe aux hostilités.

III. La liste ci-dessus sera revue périodiquement à des intervalles qui ne dépasseront pas dix ans, par un groupe d'experts composé à la fois de personnes compétentes en matière de stratégie militaire et de personnes s'occupant de la protection des populations civiles»[76]).

Einen relativ weiten Begriff des militärischen Objekts finden wir in Res. 2675 (XXV)[77]):

"4. Civilian populations as such should not be the object of military operations.

5. Dwellings and other installations that are used only by civilian populations should not be the object of military operations.

---

[76]) Projet de règles (Anm. 64), S. 7.

[77]) UNGA 25th Session, Suppl. No. 28 (A/8028).

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

6. Places or areas designated for the sole protection of civilians, such as hospital zones or similar refuges, should not be the object of military operations."

Das Institut de Droit International bemüht sich um die Abgrenzung des militärischen und nicht militärischen Objekts vor allem dadurch, daß es auf allgemeine Weise das militärische Objekt definiert. Dabei werden positive Definition und negative Abgrenzung kombiniert.

«Peuvent seuls être considérés comme objectifs militaires ceux qui, par leur nature même, leur destination ou leur utilisation militaire, contribuent effectivement à l'action militaire ou présentent un intérêt militaire généralement reconnu, de telle sorte que leur destruction totale ou partielle procure, dans les circonstances du moment, un avantage militaire substantiel, concret et immédiat à ceux qui sont amenés à les détruire» (Art. 2).

Anschließend bezeichnet das Institut in Art. 3 und 4 die Objekte, die nicht angegriffen werden können.

«Ne peuvent être considérés comme objectifs militaires, non seulement la population civile comme telle et les objets protégés expressément par convention ou accord, mais aussi:

a) en aucune circonstance, les moyens indispensables à la survivance de la population civile,

b) les objets qui, de par leur nature, ou en vertu de leur utilisation, servent principalement à des fins secourables ou pacifiques, tels que les besoins religieux ou culturels.

IV. Il est interdit par le droit international en vigueur d'attaquer, au moyen d'armes, la population civile comme telle, ainsi que tous objets non militaires, notamment les habitations ou autres constructions qui abritent la population civile, à moins qu'ils ne soient employés à des fins militaires assez importantes pour justifier une action d'après la règle relative aux objectifs militaires énoncée au paragraphe 2»[78]).

Definitionen des militärischen Objekts enthalten auch die vom IKRK für die Konferenz der Regierungsexperten und die Diplomatische Konferenz vorbereiteten Dokumente[79]). In der letzten, für die Diplomatische Konferenz vorbereiteten Fassung des Protokolls betreffend die Konflikte internationalen Charakters heißt es:

[78]) Ann. IDI 1969 II, S. 358.

[79]) Im Entwurf für die Konferenz der Regierungsexperten begnügt sich das IKRK mit der Begriffsbestimmung des nicht militärischen Objekts:

«Définition des objets non militaires

Sont réputés non militaires les objets qui sont destinés nécessairement ou essentiellement à la population civile, même si à la suite d'un changement survenant dans leur utilisation, ils peuvent revêtir ultérieurement un caractère militaire prépondérant.

Sont notamment des objets non militaires les habitations et constructions qui abritent la population civile ou qui sont utilisés par elle, les denrées et les cultures alimentaires, les sources et les nappes d'eau . . .».

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

«Article 47. — Protection générale des biens de caractère civil

1. Les attaques seront strictement limitées aux objectifs militaires, à savoir ceux qui, par leur nature même, leur destination ou leur utilisation, présentent un intérêt militaire généralement reconnu et dont la destruction totale ou partielle offre en l'occurrence un avantage militaire direct et substantiel.

2. En conséquence, les biens destinés à la population civile, tels que maisons, habitations, installations ou moyens de transport ainsi que tous les biens qui ne sont pas des objectifs militaires ne seront pas l'objet d'attaques, sauf quand ils sont utilisés principalement à l'appui de l'effort militaire.

Article 48. — Biens indispensables à la survie de la population civile

Il est interdit d'attaquer ou de détruire les biens indispensables à la survie de la population civile, à savoir les denrées et ressources alimentaires, les cultures, le bétail, les réserves d'eau potable et constructions pour l'irrigation, que ce soit pour affamer des personnes civiles, provoquer leur déplacement ou pour toute autre raison. Ces biens ne seront pas l'objet de représailles.

Article 49. — Ouvrages et installations contenant des forces dangereuses

1. Il est interdit, d'attaquer ou de détruire les ouvrages d'art ou des installations contenant des forces dangereuses, à savoir les barrages, les digues et les centrales de production électronucléaire. Ces biens ne seront pas l'objet de représailles.

2. Les Parties au conflit s'efforceront de ne pas placer d'objectifs militaires à proximité immédiate des biens mentionnés à l'alinéa premier.

3. Pour en faciliter l'identification, les Parties au conflit auront la faculté de signaliser les biens mentionnés à l'alinéa premier au moyen du signe constitué par deux bandes obliques rouges sur fond blanc. Le fait de ne pas les signaliser ne dispense en rien les Parties au conflit des obligations découlant des deux alinéas précédents»[80]).

Als nicht militärische Objekte sollen auch die nicht verteidigten und neutralisierten Orte betrachtet werden (Art. 52 und 53).

Diese Fassung versucht die militärischen und nicht militärischen Objekte dadurch abzugrenzen, daß sie einerseits das militärische, andererseits das nicht militärische Objekt allgemein definiert und die Definition des nicht militärischen Objekts noch durch die indikative Aufzählung ergänzt. Positiv muß man den Schutz einiger besonderer nicht militärischer Objekte einschätzen.

Die Abgrenzung des militärischen und nicht militärischen Objekts, die das IKRK gewählt hat, stellt eine relativ präzise und sowohl aus humanitärer als auch aus militärischer Sicht akzeptable Lösung dar.

---

[80]) Projets de Protocoles additionnels aux Conventions de Genève du 12 août 1949, Commentaires (Genf Oktober 1973), S. 62, 64 f.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

4.3. Der Schutz der Zivilbevölkerung und nicht militärischer Objekte vor direkten Angriffen

Das Prinzip der Immunität der Zivilbevölkerung und der nicht militärischen Objekte vor direkten Angriffen ist bisher in keiner völkerrechtlichen Vertragsnorm direkt und ausdrücklich formuliert.

Das Problem, das sich in diesem Zusammenhang stellt, ist, ob die Zivilbevölkerung — sei es als Träger des ökonomischen Potentials des kriegführenden Landes oder als moralischer Faktor *(bombardement de siège)* — das Objekt von Angriffen, vor allem von Luftbombardements sein kann.

Zu dem ersten bedeutsamen Versuch der Definition des Prinzips der Immunität der Zivilbevölkerung vor direkten Angriffen kam es in den sog. Haager Luftkriegsregeln:

«Art. 22. Le bombardement aérien, dans le but de terroriser la population civile ou de détruire ou d'endommager la propriété privée sans caractère militaire ou de blesser les non-combattants, est interdit.

Art. 23 (1). Le bombardement aérien, exécuté dans le but de contraindre à l'exécution de réquisitions en nature ou au payement de contributions en argent, est interdit.

(3) Le bombardement de cités, de villes, de villages, d'habitations et d'édifices qui ne se trouvent pas dans le voisinage immédiat des opérations des forces de terre est interdit. Dans le cas où les objectifs spécifiés à l'alinéa 2 [Militärobjekte] seraient situés de telle manière qu'ils ne pourraient être bombardés sans entraîner un bombardement sans discrimination de la population civile, les aéronefs doivent s'abstenir de bombarder»[81]).

In der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen gibt es noch weitere Versuche, das Prinzip der Immunität der Zivilbevölkerung vor direkten bewaffneten Angriffen zu formulieren[82]). So z. B. in der Commission générale de la Conférence pour la réduction et la limitation des armements[83]), der ILA[84]) und auch der Versammlung des Völkerbunds[85]).

---

[81]) RGDIP 1923, Doc. S. 1.

[82]) Z. B. Rapport adopté par la Commission internationale d'experts pour la protection juridique des populations civiles contre les dangers de la guerre aéro-chimique, 1931: «La Commission constate que le droit international public condamne l'emploi de ce bombardement, comme de toute arme, dans le but essentiel de terroriser la population civile...», CICR, Recueil 1955, S. 69.

«La population civile doit être laissée en dehors de toutes les formes d'hostilités» (Art. 1); «La population civile n'est, en aucun cas, un objectif militaire» (Art. 4 Abs. 4), Avant-projet de Convention adopté à Monaco en février 1934, CICR, Recueil 1955, S. 10, 11.

[83]) Résolution adoptée par la Commission générale du désarmement, 23. 7. 1932, Documents Bd. 1, S. 26.

[84]) 40th Conference of the ILA, Amsterdam 1938, S. 42—43.

[85]) SdN, Actes de l'Assemblée, 19^{e} session 1938, Suppl. spécial No. 184, S. 48. — Am Anfang des Krieges haben auch die kriegführenden Mächte zur Frage der Zivilbevölkerung

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Nach dem zweiten Weltkrieg ist es das Abkommen über die Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher, das sich als erstes rechtlich relevantes und bedeutsames Dokument zum Prinzip der Immunität der Zivilbevölkerung äußert. Nach der Charta des Internationalen Militärtribunals ist Kriegsverbrechen "murder ... of civilian population ... wanton destruction of cities, towns or villages, or devastation not justified by military necessity" [86]). Das Prinzip der Immunität der Zivilbevölkerung vor bewaffneten Aktionen wird auch durch einige Bestimmungen des Vertrages über die Verhütung und Bestrafung des Genozids berührt [87]).

Die Genfer Konventionen bringen den Schutz der Zivilbevölkerung vor bewaffneten Aktionen nur indirekt zum Ausdruck, vor allem in der Form der Sicherheits- und neutralen Zonen.

Im Entwurf des IKRK aus dem Jahre 1956 findet man folgende Formulierungen über den Schutz der Zivilbevölkerung und der nicht militärischen Objekte vor bewaffneten Aktionen:

«Art. 1: N'ayant pas un droit illimité quant au choix des moyens de nuire à l'adversaire, les Parties au conflit doivent borner leurs opérations à la destruction de la puissance militaire de celui-ci et laisser la population civile hors des atteintes des armes.

Cette règle générale est précisée par les dispositions qui suivent.

Art. 6: Sont interdites les attaques dirigées contre la population civile comme telle, que ce soit pour la terroriser ou pour toute autre raison. Cette interdiction s'applique aussi bien aux attaques qui viseraient des individus isolés qu'à celles que seraient dirigées contre des groupes.

Par conséquent, il est également interdit d'attaquer les habitations, installations et moyens de transport, qui sont exclusivement affectés à la population civile et occupés par elle.

Toutefois, les éléments de la population civile qui, en dépit de l'article II, se trouveraient à l'intérieur ou à proximité immédiate d'un objectif militaire assumeraient les risques résultant d'une attaque dirigée contre cet objectif» [88]).

Stellung genommen: Siehe Appell des Präsidenten der USA, The Times, 2. 9. 1939; (Britisch-französische Erklärung, *ibid.* 4. 9. 1939; Erklärung des Reichskanzlers, 2. 9. 1939, RICR, September 1939, S. 731.

[86]) Agreement by the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the Government of the United States of America, the Provisional Government of the French Republic and the Government of Soviet Socialist Republics for the Prosecution and Punishment of the major War Criminals of the European Axis, London on 8th August 1945, UNTS Bd. 82 Nr. 251, S. 280.

[87]) Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide, adopted by the General Assembly of the United Nations on 9th December 1948, UNTS Bd. 78 Nr. 1021, S. 278.

[88]) Projets de règles limitant les risques courus par la population civile en temps de guerre, CICR, Genf 1958, S. 8–9.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Das Gebot der Unterscheidung zwischen den Kämpfenden und der Zivilbevölkerung, das Verbot des Angriffs gegen »die Zivilbevölkerung als solche«, der Schutz insbesondere der Wohnungen und Versorgungseinrichtungen, die nur der Zivilbevölkerung dienen, sowie das Verbot von Repressalien gegen dieselbe werden in den darauffolgenden Jahren vielfach in Entschließungen formuliert: im Entwurf des Institut de Droit International aus dem Jahre 1957 und 1969[89]), auf der Konferenz des Roten Kreuzes in Wien im Jahre 1965[90]) in den Resolutionen 2444 (XXIII), 2674 (XXV), 2675 (XXV) der UN-Generalversammlung[91]).

Das IKRK formuliert in seinem Entwurf des Zusatzprotokolls über den Schutz der Zivilbevölkerung, der auf der Konferenz der Regierungsexperten vorgelegt wurde, nicht nur den Charakter und das Ausmaß des Schutzes der Zivilbevölkerung, sondern auch den der nicht militärischen Objekte[92]).

«Article 46. — Protection de la population civile

1. La population civile comme telle et les personnes civiles prises isolément ne seront pas l'objet d'attaques. Sont notamment interdites les méthodes destinées à répandre la terreur parmi la population civile.

2. Les personnes civiles jouiront de la protection accordée par cet article sauf pour le temps où elles participeraient directement aux hostilités . . .

4. Sont interdites les attaques dirigées à titre de représailles contre la population civile ou contre des personnes civiles»[93]).

Die Bestätigung des Prinzips der Immunität der Zivilbevölkerung vor bewaffneten Angriffen kann man auch in einigen anderen rechtlich relevanten Dokumenten, einseitigen Erklärungen[94]) bzw. in der innerstaat-

---

89) Projet de l'IDI 1957, S. 532.

90) XX^{e} Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Wien Oktober 1965, Résolutions, Rés. XXVIII, Protection des populations civiles contre les dangers de la guerre indiscriminée, S. 22.

91) Res. 2444 (XXIII), Respect for Human Rights in Armed Conflicts, GA Res. 2444 (XXIII), Suppl. No. 28 (A/ 7218); UNGA 25th Session, Suppl. No. 28 (A/8028).

92) Conférence d'experts gouvernementaux III: Protection de la population civile contre les dangers des hostilités, S. 132 ff. Nach dem Vorschlag sollte ein Sonderschutz den Kindern und Frauen gewährleistet werden.

93) CICR, Projets de Protocoles additionnels (1973), S. 58 f. Zum Verbot der direkten Angriffe gegen nicht militärische Objekte siehe oben 4.2. Art. 47 Abs. 2, 48, 49 des Entwurfs.

94) Z. B. der sowjetische Entwurf einer Resolution über die Luftbombardierung in Korea im Sicherheitsrat am 4. 8. 1950, UN Doc. S/1668; die Erklärung von General McArthur über die Respektierung des Kriegsrechts im Koreakrieg vom 4. 7. 1950, Avis de Département Politique Fédéral 1953, S. 65; Pressekonferenz des amerikanischen Verteidigungsministers R. S. McNamara vom 29. 6. 1966 über Luftangriffe auf Nord-Vietnam, Europa Archiv 1966, D 386.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

lichen Gesetzgebung oder militärischen Instruktionen [95]) mancher Staaten finden [96]).

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das Prinzip der Immunität der Zivilbevölkerung vor direkten Angriffen allgemein anerkanntes Prinzip ist, das in dem vom IKRK vorgelegten Entwurf seinen adäquaten Niederschlag gefunden hat.

---

[95]) "Under the law of the United States, one of the consequences of the existence of a condition of war between two States is that every national of the one State becomes an enemy of every national of the other. However, it is a generally recognized rule of international law that civilians must not be made the object of attack directed exclusively against them", U.S. Army Field Manual on the Law of Land Warfare, Department of the Army (Washington 1967) No. 27—10.

"As the result ... of the practice followed by the belligerents in the two world wars, it is no longer possible to say that international law protects the civilian population from injury which is incidental to attack upon legitimate military objectives. Nevertheless, notwithstanding these developments, it is a generally recognized rule of international law that civilians must not be made the object of attack directed exclusively against them", Manual of Military Law, Part III, The Law of War on Land (The War Office 1958).

In der französischen, russischen und der Gesetzgebung der DDR kann man nur indirekte Abgrenzung dieses Prinzips finden:

«Il est prescrit aux militaires au combat ... de se livrer à toute destruction inutile ... de porter atteinte à la vie et à l'intégrité corporelle ... des personnes civiles, notamment, par le meurtre sous toutes ses formes...», Règlement de discipline générale dans les armées, Décret du 10. 10. 1966, Journal Officiel 8. 10. 1966, S. 8859. Im Strafgesetzbuch der RSFSR siehe Art. 267: »Gewalt gegen die Bevölkerung im Gebiet der Kriegshandlungen«; im Strafgesetzbuch der DDR Art. 277: »Gewaltanwendung und Plünderung«.

In »Führungsgrundsätze des Heeres für die atomare Kriegsführung« der Bundesrepublik Deutschland wird in Art. 65 festgestellt: »Nichtkombattanten dürfen auch dann nicht unmittelbar zum Ziel eines Angriffs gemacht werden, wenn sie eine kriegswichtige Tätigkeit ausüben (z. B. Rüstungsarbeiten). Vor allem sind Terrorangriffe gegen die Zivilbevölkerung völkerrechtswidrig«. Siehe »Völkerrechtliche Grundsätze der Landkriegführung«, a.a.O. (oben Anm. 29), S. 19.

[96]) Neben dem allgemeinen Schutz der Zivilbevölkerung haben sich verschiedene Organe der UN und des Roten Kreuzes auch mit dem speziellen Schutz der Journalisten befaßt. Auf Veranlassung der UN-Generalversammlung (Res. 2673 (XXV)) haben sich mit dieser Frage der Wirtschafts- und Sozialrat und vor allem die Kommission für Menschenrechte befaßt. Diese Kommission hat einen Konventionsentwurf vorbereitet, siehe Res. 6 (XXVIII) UN Doc. E/CN. 4 (XXVIII) CRP. 5/Add. 1. Mit dieser Frage hat sich auch die Konferenz der Regierungsexperten auf beiden Sitzungen befaßt (paras. 507—515 des ersten Berichts und paras. 373—352 des zweiten Berichts).

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

4.4. Der Schutz der Zivilbevölkerung und nicht militärischer Objekte vor indirekten Angriffen

Trotz der formalen Anerkennung der Immunität vor direkten Angriffen kann man Angriffsaktionen auf militärische Objekte auf solche Weise führen, daß sie sich in ihren praktischen Folgen von direkten Angriffen nicht unterscheiden. In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen: Ist es erlaubt, Angriffe auf militärische Objekte ohne Rücksicht auf Verluste unter der Zivilbevölkerung und nicht militärische Objekte zu führen? Ist der Angreifer verpflichtet, auf die sich in der Nachbarschaft des militärischen Objekts befindende Zivilbevölkerung Rücksicht zu nehmen? Und in welchem Maße? Ist er verpflichtet, auf den Angriff zu verzichten, wenn die Verluste unangemessen wären? Welche konkreten Maßnahmen muß er ergreifen? Welche Pflichten hat die angegriffene Seite?

Bereits in den Haager Abkommen — in Art. 26 der V. und in Art. 2 der IX. Konvention — findet man die Bestimmungen, die die Problematik der indirekten Angriffe regeln[97]). Den ersten Versuch für eine moderne Regelung dieser Problematik findet man wiederum in den sog. Haager Luftkriegsregeln von 1922 in Art. 24:

> «Le bombardement de cités, de villes, de villages, d'habitations et d'édifices qui ne se trouvent pas dans le voisinage immédiat des opérations des forces de terre est interdit. Dans le cas où les objectifs spécifiés à l'article 2 seraient situés de telle manière qu'ils ne pourraient être bombardés sans entraîner un bombardement sans discrimination de la population civile, les aéronefs doivent s'abstenir de bombarder.
>
> Dans le voisinage immédiat des opérations des forces de terre. le bombardement des cités, villes, villages, habitations, et édifices est légitime, pourvu qu'il existe une présomption raisonnable que la concentration militaire y est assez importante pour justifier le bombardement, en tenant compte du danger ainsi couru par la population civile»[98]).

Weitere Versuche aus dieser Zeit findet man im Entwurf von Monaco 1934[99]), in dem Entwurf der ILA 1938[100]) und in der schon erwähnten Resolution des Völkerbunds[101]).

Der Entwurf der Regeln des Roten Kreuzes vom Jahre 1956 regelt die Frage der indirekten Angriffe sehr ausführlich. In erster Linie stellt er

---

[97]) Deuxième Conférence Internationale de la Paix, Den Haag, 15. 6. — 18. 10. 1907, Actes et Documents Bd. I, S. 626 und 638.

[98]) Règles concernant le contrôle de la radiotélégraphie en temps de guerre et la guerre aérienne, RGDIP 1923, Doc. S. 1.

[99]) CICR, Recueil S. 10.

[100]) 40th Conference of the ILA, Amsterdam 1938, S. 42.

[101]) Siehe Doc. CICR CE/3, S. 132—134.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

einige Pflichten auf, die der Angreifer während des Angriffs zu erfüllen hat. Er muß sich des militärischen Charakters eines Ziels versichern, unter mehreren Zielen dasjenige auswählen, dessen Angriff die geringsten Gefahren für die Zivilbevölkerung mit sich bringt, die möglichen Verluste der Zivilbevölkerung berücksichtigen, auf einen Angriff verzichten, wenn der zu erwartende Schaden für die Zivilbevölkerung außer Verhältnis zum erwarteten militärischen Vorteil steht, wenn möglich die betroffene Zivilbevölkerung warnen, die Angriffsmittel so wählen, daß der Schaden bei der Zivilbevölkerung möglichst gering ist, insbesondere Angriffe mit größter Zielgenauigkeit durchführen und einen Angriff abbrechen, wenn sich diese Bedingungen nicht erfüllen lassen (Art. 8 und 9). Der unterschiedslose Angriff auf ein Gesamtgebiet, in dem sich einzeln mehrere militärische Objekte, zwischen ihnen jedoch Elemente der Zivilbevölkerung, befinden, ist verboten (Art. 10). Andererseits werden auch der angegriffenen Seite gewisse Verpflichtungen auferlegt, um das Risiko für die Zivilbevölkerung zu mindern (Art. 11 und 13). Zivilpersonen, die sich innerhalb oder in unmittelbarer Nähe von militärischen Objekten befinden, tragen das damit verbundene Risiko (Art. 6).

Die Resolution XXVIII der XX. Konferenz des Roten Kreuzes definiert in einer ziemlich allgemeinen Form das erwähnte Prinzip:

«— une distinction doit être faite en tout temps entre les personnes participant aux hostilités et la population civile, de telle sorte que cette dernière soit épargnée autant que possible»[102]).

Diese Formulierung wird durch die UN-Generalversammlung in Res. 2444 (XXIII) wörtlich übernommen[103]).

Der Entwurf des IKRK für die Diplomatische Konferenz greift, wie schon der Vorentwurf für die Expertenkonferenz, die Grundsätze des Delhi-Entwurfs auf. Es werden einerseits einige allgemeine Prinzipien aufgestellt:

«Art. 46: 3. Sont interdits l'utilisation des moyens de combat et les méthodes qui frappent ou qui affectent sans discrimination population civile et combattants, biens de caractère civil et objectifs militaires.

Il est notamment interdit:

a) d'attaquer indistinctement comme un seul objectif, par des bombardements ou par toute autre méthode, une zone comprenant plusieurs objectifs militaires situés dans des régions habitées et à une certaine distance les uns des autres;

---

[102]) XX[e] Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Wien Oktober 1965, Résolutions, S. 22.

[103]) UNGA 25th Session, Suppl. No. 28 (A/8028).

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

b) de procéder à des attaques qui pourraient incidemment causer dans la population civile et aux biens de caractère civil des pertes et des destructions hors de proportion avec l'avantage militaire direct et substantiel attendu.

5. La présence ou les mouvements de la population civile et des personnes civiles ne seront pas utilisés à des fins militaires, notamment pour tenter de mettre des objectifs militaires à l'abri des attaques, ni pour couvrir, favoriser ou entraver des opérations militaires. Si, en violation de ce qui précède, une Partie au conflit exposait des personnes civiles dans l'idée de mettre des objectifs militaires à l'abri des attaques, l'autre Partie au conflit s'efforcera de prendre les mesures de précautions prévues à l'article 50».

Diese allgemeinen Prinzipien sind im weiteren wie folgt konkretisiert:

«Article 50. — Précautions dans l'attaque

1. Les opérations militaires seront conduites avec le souci constant d'épargner la population civile, les personnes civiles et les biens de caractère civil. Dans la préparation, la décision ou l'exécution d'une attaque, les précautions suivantes seront prises:

a) Proposition I

ceux qui préparent ou décident une attaque s'assureront que l'objectif ou les objectifs visés sont effectivement identifiés comme des objectifs militaires au sens de l'alinéa premier de l'article 47 et qu'ils peuvent être attaqués sans causer incidemment des pertes dans la population civile ou des dommages aux biens de caractère civil, ou qu'en tout cas ces pertes et ces dommages ne seraient pas hors de proportion avec l'avantage militaire direct et substantiel attendu;

b) ceux qui exécutent une attaque y renonceront ou l'interrompront, si cela est possible, lorsqu'il apparaîtra que l'objectif visé n'est pas militaire ou que les pertes et les dommages que pourraient subir incidemment la population civile et les biens de caractère civil seraient hors de proportion avec l'avantage militaire direct et substantiel attendu;

c) chaque fois que les circonstances le permettent, la population civile sera avertie de toute attaque qui pourrait l'affecter. Cet avertissement, toutefois, ne limitera en rien les obligations précitées.

Proposition II

ceux qui préparent ou décident une attaque prendront toutes les dispositions raisonnables pour s'assurer que l'objectif . . .

2. Toutes les précautions requises seront prises dans le choix des armes et des méthodes, afin d'éviter de causer des pertes dans la population civile et des dommages aux biens de caractère civil qui se trouvent à proximité immédiate d'objectifs militaires.

3. Lorsqu'il y a un choix entre plusieurs objectifs pour obtenir un avantage militaire analogue, on choisira celui qui présente le moins de danger pour la vie des personnes civiles et pour les biens de caractère civil.

Article 51. — Précautions contre les effets des attaques

1. Les Parties au conflit prendront, dans toute la mesure du possible, les précautions nécessaires pour la protection de la population civile, des personnes

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

civiles et des biens de caractère civil placés sous leur autorité, contre les dangers résultant des opérations militaires.

2. Elles s'efforceront de les éloigner des objectifs militaires, sous réserve de l'article 49 de la IV[e] Convention, et d'éviter que des objectifs militaires ne se trouvent à l'intérieur ou à proximité des localités fortement peuplées»[104]).

Diese Konferenzvorlage stellt eine wichtige Präzisierung des Schutzes der Zivilbevölkerung vor indirekten Angriffen dar.

5. Das Verbot der Anwendung bestimmter Waffen und Kampfmethoden

Neben der Regelung der Kampfweisen und Methoden der Kriegführung ist es das Verbot der Anwendung bestimmter Waffen, das zur Humanisierung des Krieges beitragen soll. Die Verwendung von bestimmten Kampfmitteln wurde in verschiedenen Abkommen verboten. So verbietet das Petersburger Abkommen von 1868 die Verwendung von kleinkalibrigen Geschossen, die beim Aufschlag im Ziel explodieren oder das Ziel in Brand setzen. Die dritte Haager Deklaration von 1899 verbietet auch die Verwendung von Geschossen, die sich im menschlichen Körper plattdrücken oder ausdehnen. Das Haager Abkommen von 1907 über die Gesetze und Gebräuche des Krieges drückt neben dem Verbot der Anwendung von Gift oder vergifteten Waffen ein allgemein anerkanntes Prinzip aus, nach dem die Kriegführenden kein uneingeschränktes Recht in der Wahl der Mittel zur Schädigung des Feindes besitzen. Zugleich wurde den Kriegführenden der Gebrauch von Waffen, Geschossen oder Stoffen, die geeignet sind, unnötige Leiden zu verursachen, untersagt.

Nach dem ersten Weltkrieg wurden ernste Versuche unternommen, ein allgemeines Verbot von chemischen und bakteriologischen Waffen zu erreichen (siehe unten). Nach dem zweiten Weltkrieg sind es neben den chemischen und bakteriologischen Waffen die Nuklearwaffen, deren ausdrückliches Verbot angestrebt wird (siehe unten).

Im Zusammenhang mit diesen Bemühungen wurde in einer Reihe von Dokumenten[105]) das oben erwähnte Prinzip bestätigt. Es fand auch seinen Niederschlag in der letzten Fassung des IKRK-Entwurfs für die Diplomatische Konferenz:

---

[104]) Projets de Protocoles additionnels aux Conventions de Genève du 12 août 1949, Commentaires (Genf Oktober 1973), S. 58 f., 66 f., 69.

[105]) Siehe z. B. Res. XXVIII der XX. Konferenz des Roten Kreuzes, XX[e] Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Wien Oktober 1965, Résolutions; UN-Res. 2444 (XXIII) "Respect for Human Rights in Armed Conflicts", Suppl. No. 18 (A/7218); Projet de règles limitant les risques courus par la population civile en temps de guerre, CICR Genf 1958.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

«Article 33. — Interdiction des maux superflus

1. Les Parties au conflit et les membres de leurs forces armées n'ont pas un droit illimité quant au choix des méthodes et des moyens de combat.

2. Il est interdit d'employer des armes, des projectiles, des matières, des méthodes et des moyens propres à aggraver inutilement les souffrances des adversaires mis hors de combat ou à rendre leur mort inévitable en toutes circonstances.

Article 34. — Armes nouvelles

Dans l'étude et le développement de nouvelles armes ou méthodes de guerre, les Hautes Parties contractantes s'assureront que leur emploi ne causera pas de maux superflus»[106]).

In den Nachkriegsjahren hat sich die Aufmerksamkeit auf die sog. ABC-Waffen konzentriert. Es wurden jedoch vor allem im Rahmen des IKRK einige Versuche unternommen, das Verbot auch anderer Waffen zu erreichen[107]).

5.1. Atomwaffen

Im Zusammenhang mit der Erscheinung der Nuklearwaffen sind folgende Fragen entstanden: Unterliegen die Nuklearwaffen den bestehenden Normen und Prinzipien des Völkerrechts? Wenn ja, sind sie dann verboten oder erlaubt? Muß ein ausdrückliches Verbot zustande kommen? Wenn sie erlaubt sind, unter welchen Bedingungen kann man sie einsetzen? Wenn sie verboten sind, ist dieses Verbot absolut oder kann man sie unter bestimmten Bedingungen einsetzen?

In den seit 1945 geschlossenen völkerrechtlichen Verträgen findet man keine Normen über die Anwendung von Atomwaffen. Weder in den Genfer Abkommen, noch in den Haager Abkommen über den Schutz der Kulturgüter, noch in dem Abkommen über die Verhütung und Bestrafung von Genozid-Verbrechen findet man Bestimmungen, die die Anwendung von Atomwaffen unmittelbar regeln.

Von den verschiedenen Organisationen — abgesehen von den UN — ist es vor allem das Rote Kreuz, das sich mit der Frage des Verbots der Atomwaffen in den Nachkriegsjahren befaßt.

Nach der Res. XXIV der Rotkreuz-Konferenz von Stockholm 1948[108]) nimmt das IKRK in einem Appell an die Vertragsparteien der Genfer Kon-

[106]) CICR, Projets de Protocoles additionnels aux Conventions de Genève du 12 août 1949, Commentaires, Genf Oktober 1973, S. 42, 43.

[107]) In seinem Projet de règles (siehe Anm. 64) empfiehlt das IKRK die Waffen mit unkontrollierbaren Wirkungen — neben den ABC-Waffen auch Minen und andere Waffen — zu verbieten.

[108]) 17th International Red Cross Conference, Stockholm 1948, S. 94.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

ventionen vom 5. April 1950 [109]) Stellung zur Frage der Atomwaffen; ferner beschließt die XVIII. internationale Konferenz folgende Resolution:

«... considérant qu'il n'existe aucun accord et aucune interdiction réglant l'emploi des armes atomiques ... exhorte les Gouvernements à se mettre d'accord, dans le cadre du désarmement général, sur un plan de contrôle international de l'énergie atomique qui assurerait l'interdiction des armes atomiques et l'emploi de l'énergie atomique à des fins exclusivement pacifiques ...»[110]).

Zu einem ernsten Versuch der Regelung der Anwendung von Atomwaffen kam es im Entwurf des IKRK über den Schutz der Zivilbevölkerung vom Jahre 1956. In Art. 14 steht:

«Sans préjudice des prohibitions existantes ou futures d'armes déterminées, il est interdit d'employer des armes dont l'action nocive — notamment par dissémination d'agents incendiaires, chimiques, bactériens, radioactifs ou autres — pourrait s'étendre d'une manière imprévue ou échapper, dans l'espace ou dans le temps, au contrôle de ceux qui les emploient et mettre ainsi en péril la population civile»[111]).

Das Institut de Droit International versucht in seinem Entwurf vom Jahre 1957, seine Einstellung zur Rechtmäßigkeit des Einsatzes von Atomwaffen zu formulieren. Die wichtigste Empfehlung lautet:

«Aussi longtemps que ce but [vollständiges Verbot durch Vertrag] ne pourra être atteint, l'emploi de ces armes devra être limité aux seuls objectifs militaires»[112]).

Für die rechtliche Beurteilung des Einsatzes von Atomwaffen ist auch die Stellungnahme der einzelnen Staaten, vor allem der Großmächte von großer Bedeutung[113]).

Wir beschränken unsere Darstellung auf die Stellungnahmen, die in den offiziellen Entwürfen bei den Abrüstungsverhandlungen erschienen. Im Entwurf einer Resolution vom 23. Oktober 1950 schlägt die UdSSR vor:

---

[109]) Siehe CICR, Recueil de textes (Anm. 62).

[110]) XVIII[e] Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Toronto Juli-August 1952, Résolutions, S. 9.

[111]) Règles limitant les risques courus par la population civile en temps de guerre, Genf 1956. Das Verbot der Anwendung von Atomwaffen wurde noch imperativer im Vorentwurf des IKRK vom Jahre 1955 formuliert: «En confirmation de règles existantes du droit des gens, il est interdit d'employer les gaz asphyxiants ... La prohibition visée ci-dessus couvre également l'emploi de substances qui, disséminées par déflagration d'un projectile ou par tout autre moyen, sont dangereuses pour les êtres humains en raison de leur radioactivité ou d'un effet analogue». CICR, Projet de règles concernant la protection des populations civiles contre les dangers de la guerre indiscriminée, Genf Juni 1955, S. 11.

[112]) Projet définitif de Résolutions, Ann. IDI 1958, S. 531.

[113]) Nach dem Abwurf der Atombombe auf Hiroshima protestierte die japanische Regierung gegen diesen Akt.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

"The General Assembly, recognizing that the use of the atomic weapon as a weapon of aggression and the mass destruction of human beings is contradictory to international conscience and honour and incompatible with membership in the United Nations, declares that the use of the atomic weapon shall be unconditionally prohibited and that a strict system of international control shall be instituted to ensure the exact and unconditional observance of this prohibition.

The General Assembly also declares that the first government to use the atomic weapon or any other means for the mass destruction of human beings against any country will thereby commit a crime against humanity and be regarded as a war criminal" [114]).

Im Laufe der Zeit änderte die UdSSR ihre Einstellung zu dieser Frage. Im Entwurf vom Jahre 1955 läßt sie eine Ausnahme zu dem prinzipiellen Atomwaffenverbot zu, falls der UN-Sicherheitsrat darüber in diesem Sinn entscheidet [115]). Im Jahre 1957 schlägt sie ein absolutes aber zeitlich auf fünf Jahre begrenztes Atomwaffenverbot vor [116]). Im Entwurf von 1967 kehrt sie zur Forderung des absoluten Atomwaffenverbots zurück [117]). Eine weitere Frage ist, ob diese Forderung *de lege ferenda* sich mit der sowjetischen Auffassung über die *lex lata* deckt. Insoweit dürfte auch die UdSSR von der Zulässigkeit des Einsatzes jedenfalls zu Verteidigungszwecken ausgehen [118]).

Für die Einstellung der westlichen Nuklearmächte zur Rechtslage der Nachbarwaffen ist folgendes Dokument typisch:

"1. The States members of the Sub-Committee regard themselves as prohibited in accordance with the terms of the Charter of the United Nations from the use of nuclear weapons except in defence against aggression" [119]).

---

[114]) UNGA 5th Session, Annexes, Doc. A/C. 1/595.

[115]) Siehe Union of Soviet Socialist Republics: Proposal on the Reduction of Armaments, the Prohibition of Atomic Weapons and the Elimination of the Threat of a New War; Disarmament Commission, Suppl. for April to December 1955, DC/71 Annex 15.

[116]) Memorandum by the Government of the Soviet Union on Partial Measures in the Field of Disarmament, GAOR 12th Session 1957, Annexes, Doc. A/C. 1/793.

[117]) Siehe Union of Soviet Socialist Republics: Request for the Inclusion of an Additional Item in the Agenda of the Twenty-second Session, GAOR, Annexes, Doc. A/6834.

[118]) »Die Sowjetunion hat schon mehrmals erklärt, daß keine sowjetische Nuklearbombe auf die Vereinigten Staaten oder auf ein anderes Land fällt, wenn keine Aggression unternommen wird . . . Wenn jedoch die Aggressoren den Krieg entfesseln, dann versetzt ihnen die Sowjetunion den mächtigsten Vergeltungsschlag«, Prawda vom 23. 10. 1962.

[119]) Memorandum Submitted by France and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, Disarmament Commission, Suppl. for April to June 1954, Doc. DC/SC. 1/10.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Eine analoge Einstellung findet man z. B. in einem späteren Dokument der westlichen Nuklearmächte vom Jahre 1957 [120]).

Um ein vollständiges Bild zu bringen, führen wir auch die Stellungnahme der fünften Nuklearmacht, China, an. In der Regierungserklärung vom 16. Oktober 1964 zur Zündung der ersten Atombombe heißt es u. a.:

»... Die chinesische Regierung erklärt hiermit feierlich, daß China nie, zu keiner Zeit und unter keinen Umständen, zuerst Kernwaffen einsetzen wird ... Die chinesische Regierung schlägt den Regierungen der Welt hiermit feierlich vor, eine Gipfelkonferenz aller Länder der Welt zur Erörterung der Frage des völligen Verbots und der vollständigen Vernichtung der Kernwaffen einzuberufen; als ersten Schritt sollte diese Gipfelkonferenz ein Übereinkommen erzielen, in dem sich die Kernmächte und diejenigen Mächte, die bald Kernmächte werden, verpflichten, Kernwaffen nicht zu verwenden ...« [121]).

---

[120]) Siehe Annex 5, Canada, France, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and USA; Working Paper Proposals for Partial Measures of Disarmament, Doc. DC/SC. 1/66, Disarmament Commission, Official Records, Supplements. — Die Rechtseinstellung der westlichen Nuklearmächte zur Anwendung von Atomwaffen geht auch aus den inneren Regelungen hervor: Im englischen Manual of Military Law, Part III, The Law of War on Land, wird in Art. 113 festgestellt: "There is no rule of international law dealing specifically with the use of nuclear weapons. Their use, therefore, is governed by the general principles ...". — Im amerikanischen U.S.Army Field Manual on the Law of Land Warfare wird in Art. 35 festgestellt: "The use of explosive 'atomic weapons', whether by air, sea, or land forces, can not as such be regarded as violation of international law in the absence of any customary rule of international law or international convention restricting their employment".

In den »Völkerrechtlichen Grundsätzen der Landkriegführung«, a.a.O. (oben Anm. 29) wird über Atomwaffen in Art. 55—57 gesagt: »55. Das geltende Völkerrecht enthält weder ausdrückliche Bestimmungen, durch die der Einsatz von Atomwaffen absolut verboten wird, noch läßt sich ein solches absolutes Verbot im Wege der entsprechenden Anwendung aus dem derzeitigen Vertrags- und Gewohnheitsrecht herleiten. — Ein Einsatz explosiver Atomwaffen (atomarer Sprengkörper) gegen Truppen oder andere militärische Ziele ist daher an sich nicht als völkerrechtswidrig anzusehen.

56. Dem Einsatz von Atomwaffen sind jedoch durch das Kriegsvölkerrecht die gleichen Schranken gesetzt, wie sie für den Einsatz bisher verwendeter Kriegsmittel gelten.

57. Ein über die Schranken des Völkerrechts hinausgehender Einsatz von Atomwaffen kann im Einzelfall auf Grund besonderer völkerrechtlicher Rechtfertigungsgründe ausnahmsweise zulässig sein. So kann in Fällen, in denen Repressalien überhaupt erlaubt sind (siehe ZDv 15/14), bei besonders schweren Völkerrechtsverletzungen des Feindes auch ein über die sonst bestehenden Schranken des Völkerrechts hinausgehender Einsatz von Atomwaffen als Repressalie gerechtfertigt sein.

Auch bei einem weitergehenden Einsatz von Atomwaffen auf Grund besonderer völkerrechtlicher Rechtfertigungsgründe muß für die Waffenanwendung der Grundsatz gelten, daß ihre Folgen und Auswirkungen nicht unabsehbar sein dürfen, daß ein angemessenes Verhältnis zwischen dem Schaden und dem zu erreichenden Zweck vorliegen muß. Es ist weiter stets zu beachten, daß der Umfang der Zerstörung und die Zahl der Opfer auf das notwendige Maß beschränkt werden müssen«.

[121]) Archiv der Gegenwart vom 16. 10. 1964. Auch UN Doc. A/C. 1/1028.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Eine wichtige Wendung in den Rechtsansichten stellt Res. 1653 (XVI) der UN-Generalversammlung dar. In dieser Resolution heißt es u. a.:

"Recalling that the use of weapons of mass destruction, causing unnecessary human suffering, was in the past prohibited, as being contrary to the laws of humanity and to the principles of international law, by international declarations and binding agreements, such as the Declaration of St. Petersburg of 1868, the Declaration of the Brussels Conference of 1874, the Convention of The Hague Peace Conference of 1899 and 1907, and the Geneva Protocol of 1925, to which the majority of nations are still parties,

Considering that the use of nuclear and thermo-nuclear weapons would bring about indiscriminate suffering and destruction to mankind and civilization to an even greater extent than the use of those weapons declared by the aforementioned international declarations and agreements to be contrary to the laws of humanity and a crime under international law,

Believing that the use of weapons of mass destructions, such as nuclear and thermo-nuclear weapons, is a direct negation of the high ideals and objectives which the United Nations has been established to achieve through the protection of succeeding generations from the scourge of war and through the preservation and promotion of their cultures,

1. Declares that:

a) The use of nuclear and thermo-nuclear weapons is contrary to the spirit, letter and aims of the United Nations and, as such, a direct violation of the Charter of the United Nations;

b) The use of nuclear and thermo-nuclear weapons would exceed even the scope of war and cause indiscriminate suffering and destruction to mankind and civilization and, as such, is contrary to the rules of international law and to the laws of humanity;

c) The use of nuclear and thermo-nuclear weapons is a war directed not against an enemy or enemies alone but also against mankind in general, since the peoples of the world not involved in such a war will be subjected to all the evils generated by the use of such weapons;

d) Any State using nuclear and thermo-nuclear weapons is to be considered as violating the Charter of the United Nations, as acting contrary to the laws of humanity and as committing a crime against mankind and civilization" [122]).

Im Jahre 1965 auf der XX. Konferenz in Wien bemüht sich das Rote Kreuz wieder um die neue — einigermaßen bescheidene — Formulierung einiger Grundprinzipien des Kriegsrechts. Die nuklearen Waffen berührt

---

[122]) Declaration on the Prohibition of the Use of Nuclear and Thermonuclear Weapons, General Assembly, Res. 1653 (XVI). Ähnlich in Res. 2936 (XXVII) die Generalversammlung: "solemnly declares . . . the permanent prohibition of the use of nuclear weapons", GAOR 27th Session, Suppl. No. 30 (A/8730).

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

folgende Formulierung: «... les principes généraux du droit de la guerre s'appliquent aux armes nucléaires et similaires»[123]).

Auf ihrer XXII. Sitzung verabschiedet die UN-Generalversammlung zwei Resolutionen, die die Problematik der Atomwaffen direkt oder indirekt betreffen. Einerseits ist es Res. 2289 (XXII): Conclusion of a Convention on the Prohibition of the Use of Nuclear Weapons, die sich praktisch auf die prozeduralen Fragen begrenzt[124]). Andererseits ist es Res. 2444 (XXII), die die Grundsätze der Wiener Resolution des Roten Kreuzes — mit Ausnahme der oben angeführten Bestimmung über die Atomwaffen — übernimmt[125]).

In der Resolution des Institut de Droit International über die Atomwaffen von 1969 heißt es u. a.

> «Rappelant les conséquences que la conduite indiscriminée des hostilités, et particulièrement l'emploi des armes nucléaires, chimiques et bactériologiques, peut entraîner pour les populations civiles et pour l'humanité tout entière;
>
> Est interdit par le droit international en vigueur l'emploi de toutes les armes qui, par leur nature, frappent sans distinction objectifs militaires et objets non militaires, forces armées et populations civiles. Est interdit notamment l'emploi des armes dont l'effet destructeur est trop grand pour pouvoir être limité à des objectifs militaires déterminés ou dont l'effet est incontrôlable (armes ‹autogénératrices›), ainsi que des armes aveugles» (Art. 7)[126]).

Res. 2675 (XXV) der UN-Generalversammlung befaßt sich mit den allgemeinen Prinzipien des Kriegsrechts, die sicherlich auf die Atomkriegführung anwendbar sind, enthält aber keine direkte Bestimmung über Atomwaffen[127]). Auch in den Dokumenten des Roten Kreuzes für die Regierungsexpertenkonferenz werden die Atomwaffen nicht direkt behandelt.

In der letzten Fassung der Vorschläge des IKRK für die Diplomatische Konferenz findet man doch zumindest eine allgemeine Formulierung einiger Prinzipien, unter welche auch die Nuklearwaffen fallen könnten. Außer den oben in der Einleitung zu diesem Kapitel erwähnten Bestimmungen ist hier vor allem der Schutz der Zivilbevölkerung vor unter-

---

[123]) Rés. XXVII, Protection des populations civiles contre les dangers de la guerre indiscriminée (XX^{e} Conférence Internationale de la Croix-Rouge).

[124]) UN Doc. A/Res./2289 (XXII).

[125]) General Assembly, Suppl. No. 18 (A/7218).

[126]) Institut de Droit International, Session d'Edimbourg, 9.—13. 9. 1969, Ann. IDI Bd. 2, S. 360.

[127]) A/Res./2765 (XXV). — Die Erklärung von San Remo vom September 1970 berührt bei der Aufzählung der Kriegsrechtsprinzipien auch u. a. die Atomwaffen: «Réaffirme ... que les principes généraux du droit de la guerre s'appliquent aux armes nucléaires et similaires ...», RICR, November 1970, S. 732.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

schiedslosen und nicht durch militärischen Vorteil gerechtfertigten Angriffen (Art. 46 Abs. 3 des I. Zusatzprotokolls, siehe oben 4.4) zu erwähnen. In der Einleitung zu beiden erwähnten Protokollen erhebt das IKRK allerdings folgenden Vorbehalt:

> «Les problèmes relatifs aux armes atomiques, bactériologiques et chimiques font l'objet d'accords internationaux ou de délibérations entre les Gouvernements et le CICR, en présentant ses projets de Protocoles, n'entend donc pas les aborder. Il y a lieu de rappeler que la Croix-Rouge dans son ensemble, lors de plusieurs Conférences internationales de la Croix-Rouge, a marqué clairement sa réprobation à l'égard, des armes de destruction massive, en demandant aux Gouvernements de s'entendre pour en exclure l'emploi»[128]).

Zusammenfassend läßt sich kurz sagen, daß die Versuche der Kodifizierung eines ausdrücklichen Verbots von Nuklearwaffen zu keinem positiven Ergebnis geführt haben. Die Resolutionen der UN-Generalversammlung enthalten zwar einige weitreichende Formulierungen, die jedoch in die vorgeschlagene vertragliche Form nicht einbezogen wurden. Das einzige Resultat in diesem Bereich ist die Wiederholung und Bestätigung einiger allgemeiner Prinzipien, die (auch) den Einsatz von Atomwaffen einschränken.

5.2. Chemische und bakteriologische Waffen

Trotz des vertraglichen Verbots des Einsatzes chemischer und bakteriologischer Waffen im Genfer Protokoll von 1925 bestehen bezüglich Umfang und Rechtsgrundlagen eines solchen Verbots eine Fülle von Zweifelsfragen.

Ist Art. 23 (a) HLKO — das Verbot der »Verwendung von Gift oder vergifteter Waffen« [129]) — eine weitere (frühere) vertragliche Grundlage? War das Genfer Protokoll nur die Bestätigung eines bereits allgemein geltenden Gewohnheitsrechts oder stellte es eine neue Norm dar? Gibt es heute neben dem vertraglichen Verbot ein allgemein geltendes gewohnheitsrechtliches Verbot, das nicht nur die Vertragsparteien des Genfer Protokolls, sondern alle Staaten bindet?

Ist das B- und C-Waffen-Verbot absolut oder relativ, in welchen Fällen darf man diese Waffen verwenden? Sind diese Waffen als Repressalien allgemein zugelassen bzw. nur als *reprisals in kind?* Was für eine Tragweite

---

[128]) Siehe Projets de protocoles additionnels aux Conventions de Genève du 12 août 1949, Genf Juni 1973, S. 2.

[129]) Conférence Internationale de la Paix, Den Haag, 18. 5.–29. 7. 1899, S. 31.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

haben alle diese möglichen Verbote? Umfaßt das Verbot auch Tränengas, psycho-chemische Waffen, Napalm? Handelt es sich nur um die Waffen, die unmittelbar gegen den Menschen, oder auch um solche, die gegen die Tiere und Pflanzen gerichtet sind? Fallen unter dieses Verbot auch die Entlaubungsmittel?

In der Haager Kodifikation findet man zwei Regelungen, die die erwähnten Probleme betreffen. Neben der schon zitierten Bestimmung ist es die Erklärung über das Verbot, Geschosse zu verwenden, deren einziger Zweck die Verbreitung erstickender oder giftiger Gase ist[130]).

Im ersten Weltkrieg wurden Kampfgase in großem Umfang verwendet. In ihren Reaktionen auf einen Appell des IKRK vom 6. Februar 1918 haben die wichtigsten Kriegsparteien die Rechtswidrigkeit der Anwendung der Kampfgase im Grundsatz praktisch anerkannt[131]).

Nach dem Versailler Vertrag (Art. 171)[132]), dem Vertrag von Washington vom 6. Februar 1922[133]) und dem zentralamerikanischen Abrüstungsvertrag von Washington 1923[134]) ist es das Genfer Protokoll von 1925, das schließlich eine vertragliche Klärung des Verbots bringt. Im Protokoll wird bestimmt:

"The Undersigned Plenipotentiaries, in the name of their respective Governments:

Whereas the use in war of asphyxiating, poisonous or other gases, and of all analogous liquids materials or devices, has been justly condemned by the general opinion of the civilised world; and

Whereas the prohibition of such use has been declared in Treaties to which the majority of Powers of the world are Parties; and

to the end that this prohibition shall be universally accepted as a part of International Law, binding alike the conscience and the practice of nations;

Declare:

That the High Contracting Parties, so far as they are not already Parties to Treaties prohibiting such use, accept this prohibition, agree to extend this prohibition to the use of bacteriological methods of warfare and agree to be bound as between themselves according to the terms of this declaration"[135]).

---

[130]) *Ibid.*, S. 24.

[131]) Foreign Relations of the United States 1918, Suppl. 2.

[132]) Reichsgesetzblatt 1921, S. 1318.

[133]) Vertrag zwischen USA, Großbritannien, Frankreich, Japan und Italien. Conference on the Limitation of Armament, Washington, November 12, 1921 — February 6, 1922, S. 1608. (Er ist nicht in Kraft getreten).

[134]) Ein regionaler Abrüstungsvertrag zwischen Nicaragua, El Salvador, Guatemala, Costa Rica und Honduras. Siehe Hudson, International Legislation Bd. 2 Nr. 80, S. 945.

[135]) Das Genfer Protokoll wurde auf der Waffenhandelskonferenz (4. 5.–17. 6. 1925) in Genf verabschiedet. Siehe Protocol for the Prohibition of the Use in War of Asphyxiating,

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Für die Rechtslage sind ferner einige Dokumente von Bedeutung, die einerseits im Rahmen der Tätigkeit des Völkerbunds, andererseits im Zusammenhang mit dem zweiten Weltkrieg erschienen.

Es sind vor allem die Dokumente der im Jahre 1932 vom Rat des Völkerbunds berufenen Abrüstungskonferenz[136]), die Resolutionen der Völkerbundversammlung anläßlich der Kriege in China und Äthiopien[137]) und über den Schutz der Zivilbevölkerung gegen die Luftbombardierung im Kriegsfalle[138]), die Erklärungen der Kriegsparteien am Anfang des zweiten Weltkrieges[139]), ferner die Dokumente des IKRK[140]) und schließlich die

---

Poisonous or other Gases and of Bacteriological Methods of Warfare, LNTS Bd. 94 Nr. 2138, S. 67. Das Protokoll wurde von Japan und den USA unterschrieben, jedoch nicht ratifiziert. Japan ratifizierte es erst nach dem 2. Weltkrieg, die USA schließlich am 22. 1. 1975. Nach dem Stand vom 31. 12. 1972 sind 90 Staaten Vertragsparteien.

136) Die Frage der chemischen und bakteriologischen Waffen wurde schon früher im Rahmen des Völkerbunds behandelt, in den Jahren 1920-1929 in verschiedenen Organen des Völkerbunds und in den Jahren 1926–1930 vor allem in der Commission préparatoire de la conférence du désarmement. — Dieser Entwurf wurde ohne Gegenstimme von der Generalkommission akzeptiert, siehe Procès-verbal de la Commission générale Bd. 2, S. 402.

137) Hinsichtlich des Krieges in Äthiopien siehe vor allem die Polemik zwischen der italienischen Regierung und dem Dreizehnerausschuß, der die Anwendung von Kampfgasen als Repressalien verneint. SdN, Journal Officiel, Conseil 17 (1936), S. 373, 375, 380.

Hinsichtlich des Krieges in China siehe zwei Resolutionen des Rates des Völkerbunds vom 14. 5. 1938 und 30. 9. 1938, die beide folgende Formulierung enthalten: «Le conseil rappelle que l'emploi de gaz toxiques constitue une méthode de guerre condamnée par le droit international et qui ne manquerait pas, s'il y était recouru, de soulever la réprobation du monde civilisé . . .», SdN, Journal Officiel, Conseil 19 (1938), S. 378, 881. Es ist zu bemerken, daß zu dieser Zeit Japan das Genfer Protokoll noch nicht ratifiziert hat.

138) SdN, Actes de l'Assemblée, 19^{e} Session 1938, Suppl. spécial No. 184, S. 48; Procès-verbaux de la troisième commission. — Auf der regionalen Ebene sind die Res. LI der V. Panamerikanischen Konferenz in Santiago de Chile vom Jahre 1923 und Res. XXXIV der Interamerikanischen Friedenskonferenz in Buenos Aires zu erwähnen, die beide einen Standpunkt zur Anwendung von B- und C-Waffen einnehmen. SdN, Journal Officiel, Actes de l'Assemblée 4 (1923) 4^{e} Commission, S. 179; bzw. The International Conferences of American States, 1st Suppl. 1933, S. 164 ff.

139) Parliamentary Debates, Lords, 1938/39 Bd. 114, S. 1047, 1058; Foreign Relations of the United States 1943, Bd. 1, S. 406.

140) Übersicht in RICR Bd. 49 (1967), S. 51 ff.; Schreiben des IKRK vom 22. 11. 1970 an die Völkerbundversammlung, Recueil de textes conventionnels et de documents concernant la protection juridique des populations et victimes de la guerre contre les dangers de la guerre aérienne ou des armes aveugles, S. 63; Rés. XII, X^{e} Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Compte-rendu, S. 216; Rés. V, XII^{e} Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Compte-rendu, S. 169; Rés. V und VI, XIII^{e} Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Compte-rendu, S. 168 f.

Neben den schon angeführten XII. und XIII. Konferenzen ist es die XIV. Konferenz von 1930, siehe Compte-rendu, S. 230, und die XV. Konferenz von 1934, Compte-rendu, S. 260, die sich mit dieser Folge befaßt. Interessant ist die Meinung des vom IKRK berufenen juristischen Expertenkomitees, in dessen Bericht u. a. steht: «En ce qui concerne la guerre

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Resolution der ILA[141]).

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die Frage der B- und C-Waffen zum ersten Mal im vollen Umfang unmittelbar im Zusammenhang mit dem Krieg in Korea auf die Tagesordnung der verschiedenen Organe der Vereinten Nationen gebracht.

Trotz der Bemühungen der UdSSR und einiger anderer Staaten, die Verabschiedung einer besonderen Resolution über die B-Waffen zu erreichen[142]), wurde die Problematik dieser Waffen weiterhin lediglich in Zusammenhang mit den Massenvernichtungswaffen behandelt. Erst seit 1966 wurde den B- und C-Waffen im Zusammenhang mit dem Vietnamkonflikt von den Vereinten Nationen wiederum besondere Aufmerksamkeit gewidmet. In den folgenden Jahren wurden mehrere Resolutionen der Generalversammlung verabschiedet, die eine wesentliche rechtliche Bedeutung haben. Grundlegend ist Res. 2162 (XXI) vom 5. Dezember 1966:

"The General Assembly,

Guided by the principles of the Charter of the United Nations and of international law,

Considering that weapons of mass destruction constitute a danger to all mankind and are incompatible with the accepted norms of civilization,

---

chimique: Complétant plusieurs instruments diplomatiques, le Protocole de Genève du 17 juin 1925, prohibe d'une manière tout à fait générale l'emploi des armes toxiques et bactériologiques. Cette garantie juridique s'applique *a fortiori* aux populations civiles puisqu'elle s'applique aux forces armées elles-mêmes. Sans doute, les considérants des instruments diplomatiques touchant la guerre chimique indiquent que celle-ci est unanimement reprouvée. Mais le fait que tous les Etats ne participent pas au Protocole de 1925, et qu'au surplus, la plupart des ratifications et adhésions n'ont été données qu'avec des réserves qui en atténuent la portée, laisse craindre que cette convention ne se trouve pas être applicable dans tous les cas. L'efficacité de cette interdiction ne serait complète, au point de vue juridique, que si le Protocole était accepté par tous les Etats et cela sans réserves», *ibid.*, S. 68.

141) Report of the 40th Conference of the ILA, Amsterdam 1938, S. 43 ff.

142) Z. B. der sowjetische Resolutionsentwurf vom Juni 1952 im Sicherheitsrat: "The Security Council, 1. Having regard to the fact that differences of opinion exist among statesmen and public figures in various countries concerning using bacterial weapons,

2. Noting that the use of bacterial weapons has justly been condemned by world public opinion, as expressed in the signature by fourty-two states of the Geneva Protocol of 17 June 1925 which provides for the prohibition of the use of bacterial weapons,

3. Decides: To appeal to all States, both members of the United Nations and non-member States, which have not yet ratified or acceded to the Protocol for the prohibition of the use of bacterial weapons, signed at Geneva on 17 June 1925, to accede to and ratify the said Protocol", UN Doc. S/2663 – SCOR 7th Year, 577th Meeting, S. 18; ferner der sowjetische Vorschlag vom 9. 4. 1953 und der polnische Vorschlag vom 26. 10. 1953, GAOR, 7th Session, Annexes, Agenda item 72, S. 3 (Doc. A/C I/L. 39) bzw. GAOR, 8th Session, Annexes, Agenda item 24, S. 14 (Doc. A/C I/L. 57).

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Affirming that the strict observance of the rules of international law on the conduct of warfare is in the interest of maintaining these standards of civilization,

Recalling that the Geneva Protocol for the Prohibition of the Use in War of Asphyxiating, Poisonous or other Gases, and of Bacteriological Methods of Warfare, of 17 June 1925, has been signed and adopted and is recognized by many States,

Noting that the Conference of the Eighteen-Nation Committee on Disarmament has the task of seeking an agreement on the cessation of the development and production of chemical and bacteriological weapons and other weapons of mass destruction, and on the elimination of all such weapons from national arsenals, as called for in the draft proposals on general and complete disarmament now before the Conference,

1. Calls for strict *observance* by all States *of the principles and objectives of the Protocol* for the Prohibition of the Use in War of Asphyxiating, Poisonous or other Gases, and of Bacteriological Methods of Warfare, signed at Geneva on 17 June 1925, and condemns all actions contrary to those objectives;

2. Invites all States to accede to the Geneva Protocol of 17 June 1925" [143]).

Eine weitere Resolution, die im wesentlichen die Prinzipien der Res. 2162 (XXI) wiederholt und bestätigt, ist Res. 2454 (XXIII)[144]).

Die weitgehendste Resolution, die in Teil A von einem umfassenden gewohnheitsrechtlichen Verbot der B- und C-Waffen (einschließlich Tränengas und Entlaubungsmittel) ausgeht, womit Teil B allerdings nicht vereinbar ist, ist Res. 2603 (XXIV) "Question of Chemical and Bacteriological (Biological) Weapons" vom 16. Dezember 1969. In dieser Resolution heißt es:

"Question of Chemical and Bacteriological (Biological) Weapons

A. The General Assembly,

Considering that chemical and biological methods of warfare have always been viewed with horror and been justly condemned by the international community,

Considering that these methods of warfare are inherently reprehensible because their effects are often uncontrollable and unpredictable and may be injurious without distinction to combatants and non-combatants, and because any use of such methods would entail a serious risk of escalation,

Recalling that successive international instruments have prohibited or sought to prevent the use of such methods of warfare,

Noting specifically in this regard:

(a) The majority of States then in existence adhered to the Protocol for the Prohibition of the Use in War of Asphyxiating, Poisonous or other Gases, and of Bacteriological Methods of Warfare, signed at Geneva on 17 June 1925,

[143]) GAOR 21st Session, Suppl. No. 16, S. 11.

[144]) GAOR 23rd Session, Suppl. No. 18, S. 11.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

(b) Since then, further States have become parties to that Protocol,

(c) Still other States have declared that they will abide by its principles and objectives,

(d) These principles and objectives have commanded broad respect in the practice of States,

(e) The General Assembly, without any dissenting vote, has called for the strict observance by all States of the principles and objectives of the Geneva Protocol,

Recognizing therefore, in the light of all the above circumstances, that the Geneva Protocol embodies the generally recognized rules of international law prohibiting the use in international armed conflicts of all biological and chemical methods of warfare, regardless of any technical developments,

Mindful of the report of the Secretary-General, prepared with the assistance of the Group of Consultant Experts appointed by him under General Assembly resolution 2454 A (XXIII) of 20 December 1968, and entitled Chemical and Bacteriological (Biological) Weapons and the Effects of their Possible Use,

Considering that this report and the foreword to it by the Secretary-General add further urgency for an affirmation of these rules and for dispelling, for the future, any uncertainty as to their scope and, by such affirmation, to assure the effectiveness of the rules and to enable all States to demonstrate their determination to comply with them,

Declares as contrary to the generally recognized rules of international law, as embodied in the Protocol for the Prohibition of the Use in War of Asphyxiating, Poisonous or other Gases, and of Bacteriological Methods of Warfare, signed at Geneva on 17 June 1925, the use in international armed conflicts of:

(a) Any chemical agents of warfare — chemical substances, whether gaseous, liquid or solid — which might be employed because of their direct toxic effects on man, animals or plants;

(b) Any biological agents of warfare — living organisms, whatever their nature, or infective material derived from them — which are intended to cause desease or death in man, animals or plants, and which depend for their effects on their ability to multiply in the person, animal or plant attacked.

B. The General Assembly

Recalling its resolution 2454 A (XXIII) of 20 December 1968,

Having considered the report of the Secretary-General entitled Chemical and Bacteriological (Biological) Weapons and the Effects of their Possible Use,

Noting the conclusions of the report of the Secretary-General and the recommendations contained in the foreword to the report,

Noting also the discussion of the report of the Secretary-General at the Conference of the Committee on Disarmament and during the twenty-fourth session of the General Assembly,

Mindful of the conclusion of the report that the prospects for general and complete disarmament under effective international control and hence for peace throughout the world would brighten significantly if the development, production and stockpiling of chemical and bacteriological (biological) agents

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

intended for purposes of war were to end and if they were eliminated from all military arsenals,

Recognizing the importance of the Protocol for the Prohibition of the Use in War of Asphyxiating, Poisonous or other Gases, and of Bacteriological Methods of Warfare, signed at Geneva on 17 June 1925,

Conscious of the need to maintain inviolate the Geneva Protocol and to ensure its universal applicability,

Emphasizing the urgency of the need for achieving the earliest elimination of chemical and bacteriological (biological) weapons.

I.1. Reaffirms its resolution 2162 B (XXI) of 5 December 1966 and calls anew for strict observance by all States of the principles and objectives of the Protocol for the Prohibition of the Use in War of Asphyxiating, Poisonous or other Gases, and of Bacteriological Methods of Warfare, signed at Geneva on 17 June 1925;

2. Invites all States which have not yet done so to accede to or ratify the Geneva Protocol in the course of 1970 in commemoration of the forty-fifth anniversary of its signing and the twenty-fifth anniversary of the United Nations" [145]).

Die UN-Generalversammlung behandelt die Frage der B-Waffen noch in weiteren Resolutionen — 2444 (XXIII), 2507 (XXIV), 2662 (XV)[146]), 2674 (XXV), 2676 (XXV), 2827 (XXVI), 2933 (XXVII) —, in denen sie im wesentlichen jene Prinzipien wiederholt, die bereits die angeführten Resolutionen enthalten [147]), Res. 2603 A allerdings nicht mehr erwähnten.

Die Frage der B-Waffen stand mehrmals auf der Tagesordnung des Eighteen-Nations Disarmament Committee (ab August 1969: Conference of the Committee on Disarmament). Die unterschiedlichen Auffassungen haben sich in zwei wichtigen Entwürfen widergespiegelt. In der britischen

[145]) GAOR 24th Session, Suppl. No. 30 A/7630.

[146]) *Ibid.*

[147]) Zur Frage der B- und C-Waffen hat auch die International Conference on Human Rights, die im April/Mai 1968 in Teheran stattfand, Stellung genommen. Die entsprechenden Abschnitte der Res. XXIII "Human Rights in Armed Conflicts" lauten: "The International Conference on Human Rights . . .

Considering that the provisions of the Geneva Protocol of 1925 prohibiting the use of 'asphyxiating, poisonous or other gases and of all analogous liquids, materials and devices' have not been universally accepted or applied and may need a revision in the light of modern development . . .

2. Requests the Secretary-General, after consultation with the International Committee of the Red Cross, to draw the attention of all States members of the United Nations system to the existing rules of international law on the subject and urge them, pending the adoption of new rules of international law relating to armed conflicts. to ensure that in all armed conflicts the inhabitants and belligerents are protected in accordance with 'the principles of the law of nations derived from the usages established among civilized peoples, from the laws of humanity and from the dictates of the public conscience'"; UN Publication, Sales No. E 68, XIV 2, Chapter III (Int. — 1968 XIV/2).

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

"Draft Convention for the Prohibition of Biological Methods of Warfare" vom 6. August 1968[148]), die sich nur auf die biologischen Waffen beschränkt, und im Vertragsentwurf der UdSSR und anderer Ostblockstaaten über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Haltung chemischer und bakteriologischer Waffen und die Zerstörung solcher Waffen vom 19. September 1969[149]). Die unterschiedlichen Auffassungen betreffen das Verfahren, Unterschiede in der Sache werden nicht offen gelegt.

Am 5. August 1971 wurde der Konferenz ein gemeinsamer Entwurf der USA und UdSSR über das Verbot der bakteriologischen Waffen vorgelegt, den sie als gemeinsamen Entwurf der NATO-Staaten und der Staaten des Warschauer Pakts verabschiedete[150]), der später am 10. Februar 1972 in Washington, London und Moskau unterzeichnet wurde. Diese "Convention on the Prohibition of the Development, Production and Stockpiling of Bacteriological (Biological) and Toxin Weapons and on their Destruction"[151]), die sich zu Prinzipien und Zielen des Genfer Protokolls 1925 bekennt, verbietet die Herstellung, Entwicklung und Lagerung von biologischen Waffen (einschließlich Toxine), enthält aber kein eigenes Anwendungsverbot.

In Zusammenhang mit dieser Entwicklung ist zu bemerken, daß Japan das Genfer Protokoll am 21. März 1970 ratifizierte und die USA schließlich am 22. 1. 1975[152]). Nach dem Abschluß des B-Waffen-Abkommens haben sich die Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen auf die Frage des Verbots der chemischen Waffen konzentriert (siehe Res. 2827 (XXVI), Doc. A/8818, DC/235; Res. 2933 (XXVII). Diese Verhandlungen haben zu keinem konkreten Ergebnis geführt.

Mit dem Problem der B- und C-Waffen befaßte sich nach dem zweiten Weltkrieg auch das Rote Kreuz. Außer den verschiedenen Konferenzen,

[148]) Eighteen-Nations Disarmament Committee (ENDC)/255, ENDC/255 Rev. I, ENDC/255/Rev. 2.

[149]) Keesings Archiv der Gegenwart, S. 14921 C/3.

[150]) Siehe CCD/356 — UN Doc. A/8457 Annex A.

[151]) Schweizerisches Bundesblatt 1973 Nr. 7, S. 298 ff.

[152]) Dept. of State Bull. 72 (1975 I), S. 196. Präsident Nixon hatte das Protokoll dem Senat am 19. 8. 1970 mit folgender Botschaft vorgelegt: ". . . The United States has renounced the first use of lethal and incapacitating chemical weapons — The United States has renounced any use of biological and toxin weapons. — Our biological and toxin programs will be confined to research for defensive purposes, strictly defined. By the example we set, we hope to contribute to an atmosphere of peace, understanding and confidence between nations and among men. The policy of the United States Government is to support international efforts to limit biological and toxin research programs to defensive purposes. — The United States will seek further agreement on effective arms-control measures in the field of biological and chemical warfare". Dept. of State Bull. 63 (1970 II), S. 273. Vgl. ferner Dept. of State Bull. 72 (1975 I), S. 93 f.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

die diese Frage behandelten [153]), hat das Rote Kreuz die Regelung dieser Frage auch im Entwurf «Règles limitant les risques courus par la population civile en temps de guerre» unternommen. In Art. 14 dieses Entwurfs heißt es:

> «Sans préjudice des prohibitions existances ou futures d'armes déterminées, il est interdit d'employer des armes dont l'action nocive — notamment par dissémination d'agents incendiaires, chimiques, bactériens, radioactifs ou autres — pourrait s'étendre d'une manière imprévue ou échapper, dans l'espace ou dans le temps, au contrôle de ceux qui les emploient et mettre ainsi en péril la population civile.
>
> Il en va de même des armes à retardement dont les effets dangéreux risquent d'atteindre la population civile».

Von den anderen humanitären Organisationen ist "The General Assembly of the World Veterans Federation" zu erwähnen [154]). Eine Stellungnahme zu den B-Waffen findet man auch in den Handbüchern für die Armee der verschiedenen Staaten [155]).

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der neue B-Waffen-Vertrag eine bedeutsame Etappe auf dem Weg der Humanisierung des Krieges und der Abrüstung darstellt. Das Zögern der Staaten bei der Abrüstung bezüglich chemischer Waffen, das sich formal in den unterschiedlichen Auffassungen der Kontrolle, des Umfangs des Verbots (Tränengas, Betäubungsmittel u. a.) manifestiert, ist nichts anderes als eine neue Reproduktion der alten bekannten Problematik, daß nämlich die chemischen Waffen als effektive Waffen gegen militärische Ziele eingesetzt werden können, daß sie anders als die B-Waffen militärisch gesehen einen anerkannten Nutzeffekt haben.

5.3. Brandwaffen

Die Frage des Verbots der Brandwaffen erscheint zum ersten Mal in den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz im Jahre 1933. Das Verbot dieser

---

[153]) Es handelt sich um die Res. XXIV der 17. Rotkreuzkonferenz 1948 (RICR Bd. 30 [1948], S. 760); Res. XVII der 18. Rotkreuzkonferenz in Toronto 1952 (XVIII[e] Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Résolutions, S. 8); Res. XXVIII der 20. Rotkreuzkonferenz in Wien 1964 (XX[e] Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Résolutions, S. 22); Res. XIV der 21. Rotkreuzkonferenz in Istanbul 1969 (XXI[e] Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Résolutions, S. 10).

[154]) UN Doc. A/8370, S. 74.

[155]) U.S. Army Field Manual, Department of the Army Washington, 18 July 1956. Die Bestimmungen in Law of Naval Warfare sind in der Sache identisch. — The Law of War on Land, being Part III of the Manual of Military Law (London 1958). — »Völkerrechtliche Grundsätze der Landkriegführung«, a.a.O. (oben Anm. 29), S. 17 f.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Waffen wurde im Zusammenhang mit dem Verbot der bakteriologischen und chemischen Waffen in mehreren Dokumenten formuliert. Im Vertragsentwurf des Redaktionskomitees des Bureau vom 7. März 1933 wird u. a. festgestellt:

> «La disposition suivante est acceptée comme règle établie du droit international: l'emploi d'armes chimiques, incendiaires ou bactériennes est interdit vis-à-vis de tout Etat partie ou non à la présente Convention et au cours de toute guerre, quel qu'en soit le caractère»[156]).

Diese allgemeine Anerkennung der Rechtswidrigkeit der Verwendung der Brandstoffe als Kampfmittel hat heute allerdings nur noch begrenzte rechtliche Aussagekraft, da diese Brandwaffen — im Unterschied zu den chemischen und bakteriologischen Waffen — im zweiten Weltkrieg in weitem Umfang angewendet wurden. Diese Praxis, die ohne Protest akzeptiert wurde, hat auch in den verschiedenen militärischen Handbüchern ihren Reflex gefunden. Diese Handbücher betrachten die Brandwaffen als legale Kampfmittel[157]).

In den letzten Jahren wurde sowohl im Rahmen des IKRK als auch der Vereinten Nationen eine Diskussion eingeleitet, die auf ein evtl. Verbot der Brandwaffen abzielt.

In Res. XXIII der internationalen Konferenz über die Menschenrechte in Teheran 1968 hat die Konferenz festgestellt, daß "the use of chemical and biological means of warfare, including napalm bombing, erode human rights and engender counter-brutality"[158]).

Die UN-Generalversammlung hat sich mit der Frage der Brandwaffen auf der XXVI. Sitzung befaßt. In Res. 2852 (XXVI) stellt sie fest, daß

> "although negotiations are going on in the field of disarmament concerning general and complete disarmament and the limitation and elimination of nuclear, biological and chemical weapons, those deliberations do not deal with the question of prohibiting or restricting the use of other methods of warfare

---

[156]) Documents de la Conférence Bd. 2, S. 733.

[157]) "36. Weapons Employing Fire. The use of weapons which employ fire, such as tracer ammunition, flamethrowers, napalm and other incendiary agents, against targets requiring their use is not a violation of international law. They should not, however, be employed in such a way as to cause unnecessary suffering to individuals", U.S. Army Field Manual on the Law of Land Warfare, Department of the Army, Washington 18 July 1956, No. 27—10. — "The use of flame throwers and napalm bombs when directed against targets is lawfull. However, their use against personnel is contrary to the law of war in so far as it is calculated to cause unnecessary suffering", Manual of Military Law (1958) para. 110. — »59. Die Verwendung von Flammenwerfern und anderen brandlegenden Kriegsmitteln ist zulässig«, »Völkerrechtliche Grundsätze der Landkriegführung«, a.a.O. (oben Anm. 29).

[158]) UN Doc. A/CONF. 32/41, S. 18.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

that are cruel, such as napalm, or that indiscriminately affect civilians and combatants, . . .".

Sie fordert den Generalsekretär auf, "to prepare as soon as possible, with the help of qualified governmental consultant experts, a report on napalm and other incendiary weapons on all aspects of their possible use". Der Generalsekretär hat einen solchen Bericht vorbereitet und der Generalversammlung vorgelegt[159]). Mit dieser Problematik hat sich auch die Konferenz der Regierungsexperten befaßt[160]). Für die Diplomatische Konferenz hat das IKRK keinen entsprechenden Entwurf vorbereitet.

6. Die Kontrolle der Einhaltung des Kriegsrechts und kriegsrechtliche Sanktionen

6.1. Die Schutzmacht und ihr Ersatz

Die Kontrolle der Einhaltung des Kriegsrechts im bewaffneten Konflikt hat verschiedene Aspekte. Der wichtigste und zugleich der umstrittenste ist der mit dem Begriff »Schutzmacht« verbundene.

Dem Begriff »Schutzmacht« begegnen wir zum erstenmal in der Konvention über die Kriegsgefangenen vom Jahre 1929[161]).

Auf der Genfer Konferenz im Jahre 1949 wurde die Rechtsstellung einer Schutzmacht relativ ausführlich festgelegt (Art. 10, 11). Die Befugnisse der Schutzmacht kann entweder ein neutraler Staat oder eine unparteiische Organisation (Substitut) ausüben. Einerseits wurden die Grenzen festgelegt, die die Schutzmacht bei ihrer Tätigkeit respektieren soll, andererseits wurden die Kriegführenden verpflichtet, unter gegebenen Umständen der Schutzmacht ihr Wirken zu ermöglichen[162]).

Die erwähnten Bestimmungen haben bei den Staaten des sozialistischen Blocks Vorbehalte hervorgerufen, die sich vor allem gegen die einseitigen Bestimmungen der Schutzmacht oder ihres Substituten richten[163]).

---

[159]) UN Doc. A/8803/Rev. 1

[160]) Rapport sur les travaux de la Conférence (2e Session) para. 320 Bd. 1.

[161]) Convention relative au traitement des prisonniers de guerre; Actes de la Conférence diplomatique, juillet 1929, S. 681 ff.

[162]) Geneva Convention for the Amelioration of the Conditions of the Wounded and Sick in Armed Forces in the Field of August 12, 1949; UNTS Bd. 75, S. 36 ff.

[163]) Inhaltlich werden die Hauptbefugnisse der Schutzmacht in Art. 143 der IV. Konvention (bzw. in Art. 126 der III. Konvention) umschrieben. — Neben der Institution einer Schutzmacht sehen die Genfer Konventionen noch ein Instrument für die Kontrolle der Einhaltung des Kriegsrechts vor — ein Untersuchungsverfahren, Art. 52 der I. Konvention (analog Art. 53 der II., Art. 132 der III. und 149 der IV. Konvention). Über die Frage der

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Entsprechende Bestimmungen über die Schutzmacht enthält auch das Abkommen über den Schutz der Kulturgüter von 1954, in der die Funktion der Schutzmacht neben den neutralen Staaten für die UNESCO vorgesehen wird[164]).

Mit der Zeit hat sich gezeigt, daß diese Lösung nicht lückenlos ist. Die spätere Praxis hat folgende wichtige Probleme als ungelöst entdeckt:

a) das Problem, das sich aus den Vorbehalten zu Art. 10 (bzw. 11) in dem Falle ergibt, in welchem die entsprechende auf den Vorbehalt sich berufende Macht die Zustimmung zur Tätigkeit einer neutralen Macht oder Organisation nicht gibt. Wie läßt sich der humanitäre Schutz in diesem Fall sichern?;

b) manche Konflikte waren Konflikte nicht internationalen Charakters, auf welche die Art. 8—10 nicht anwendbar sind;

c) in einigen Konflikten haben die Staaten die Schutzmacht nicht designiert, weil sie dadurch die Anerkennung der Gegenpartei als kriegführende Partei herbeizuführen fürchteten;

d) in einigen Konflikten wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen den Kriegsparteien nicht unterbrochen, und diese haben demzufolge die Schutzmacht nicht designiert;

e) Infolge der Bestimmungen des Art. 2 Abs. 4 in der UN-Charta zögern die Staaten, einen Konflikt als bewaffneten Konflikt im Sinne dieses Artikels zu bezeichnen und daraus die entsprechenden Konsequenzen hinsichtlich der Schutzmacht zu ziehen.

In den letzten Jahren hat sich die Diskussion in verschiedenen Organisationen[165]) ungefähr auf diese Probleme konzentriert. Verschiedene Vor-

---

Vervollkommnung der Untersuchungsprozedur wurde in vielen Organisationen in den letzten Jahren diskutiert (siehe Anm. 166), jedoch ohne ein greifbares Resultat.

[164]) Convention for the Protection of Cultural Property in the Event of Armed Conflict, Done at The Hague on 14 May 1954; UNTS Bd. 249 (1956), S. 240. Über die Kontrollpraxis hinsichtlich dieses Abkommens siehe Report of the Secretary-General, Respect for Human Rights in Armed Conflicts, A/8052, paras. 74—78. — Siehe auch die Regelung der Kontrolle in den Verträgen, die sich nicht primär auf die Kriegsverhältnisse beziehen: The International Covenant on Civil and Political Rights, the International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination und die Europäische Menschenrechtskonvention (UNTS Bd. 213, S. 221, 2 A 20).

[165]) Mit der Problematik der Kontrolle der Einhaltung des Kriegsrechts befaßt sich auch in seinen drei Berichten der UN-Generalsekretär (Doc. A/7720, vor allem paras. 202—227; Doc. A/8052, paras. 74—78, 237—250, Annex I, Arts. 69—73, Annex II, paras. 7—9; Doc. A/8370, paras. 160—165). In Res. 2443 (XXIII) hat die Generalversammlung beschlossen, ein "Special Committee to Investigate Israeli Practices Affecting the Human Rights of the Population of the Occupied Territories" zu konstituieren. Ferner hat auf ihrer XXV. Sitzung die Kommission für die Menschenrechte beschlossen, eine spezielle Arbeitsgruppe von Experten mit ähnlichen Aufgaben zu bilden (siehe ausführlicher Doc. A/8052, Annex I,

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

schläge bezogen sich auch auf die Frage einer internationalen Organisation, die entweder im Rahmen der UN oder außerhalb dieses Rahmens die Kontrolle der Einhaltung des Kriegsrechts ausüben sollte[166]).

In der ersten Fassung des Zusatzprotokolls für die Diplomatische Konferenz versucht das IKRK einige Lücken in der Regelung der Genfer Konventionen zu beseitigen[167]).

In der definitiven Fassung lauteten die entsprechenden Formulierungen wie folgt:

«Article 5. — Désignation des Puissances protectrices et de leur substitut

1. Dès le début d'une situation visée par l'article 2 commun aux Conventions, chaque Partie au conflit, qui n'aurait pas déjà confié à un Etat tiers la protection de ses intérêts et de ceux de ses ressortissants, désignera sans délai une Puissance protectrice aux seules fins d'application des Conventions et du présent Protocole et autorisera également sans délai et aux mêmes fins l'activité d'une Puissance protectrice désignée par la Partie adverse et acceptée comme telle.

2. En cas de désaccord ou de retard injustifié dans la désignation et l'acceptation de Puissances protectrices, le Comité international de la Croix-Rouge offrira ses bons offices en vue de la désignation de Puissances protectrices

---

para. 70). Dieser Problematik haben auch folgende Organisationen Aufmerksamkeit gewidmet: 54th Conference of the ILA, Den Haag, August 1970; the International Congress on Humanitarian Law, San Remo, September 1970; International Association of Democratic Lawyers, IX. Congress, Helsinki, Juli 1970; la Commission Médico-juridique de Monaco, April 1971; XX^{e} Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Wien 1965; weitere Organisationen in: Conférence d'experts gouvernementaux sur la réaffirmation et le développement du droit international humanitaire . applicable dans les conflits armés, Genève 24 mai — 12 juin 1971, II: Mesures misent à renforcer l'application du droit en vigueur, .Documentation présentée par le Comité International de la Croix-Rouge, S. 20.

166) Siehe dazu den Bericht des UN-Generalsekretärs, Doc. A/8052, paras. 238—250; die Resolution «Droit international médical» Art. 3 der ILA, Session Den Haag, August 1970, S. XV; die "Declaration of San Remo", angenommen vom International Congress on Humanitarian Law, San Remo, September 1970, den vom Geneva Special NGO Committee on Human Rights auf seiner Sitzung am 18. 2. 1971 angenommenen "Proposal for the Appointment of a UN Commission of Inquiry into Breaches of the Humanitarian Conventions", UN Doc. A/8370, S. 77; die von der Commission Médico-juridique de Monaco angenommenen "Draft Regulations for the Execution of the Geneva Conventions of 12 August 1949 for the Protection of War Victims", *ibid.*, S. 78.

Zur Frage der Verbesserung der Bedingungen für die Ausübung der Befugnisse der Schutzmacht siehe vor allem den Vorschlag der internationalen Konferenz des Roten Kreuzes von 1965, Res. XXII, in welcher die Staaten aufgefordert werden, «à envisager la possibilité de constituer des groupes de personnalités aptes à remplir ces fonctions (de contrôle) qui leur sont confiées pour les Conventions sous la direction des Puissances protectrices ou de leurs substituts éventuels», XX^{e} Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Wien, Résolutions; ferner die in Kommission IV der Konferenz der Regierungsexperten, Mai-Juni 1971, vorgelegten Vorschläge — Rapport de la Commission IV, S. 1—7.

167) Art. 6, Projet de Protocole additionnel aux quatre Conventions de Genève du 12 août 1949; CICR, Rapport sur les travaux de la conférence Bd. 2, Annexes, Genf Juli 1971, S. 2.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

agréés par les deux Parties au conflit. A cet effet, il pourra notamment demander à chacune de ces Parties de lui remettre une liste d'au moins cinq Etats qu'elle estime acceptables à ce titre; ces listes lui seront communiquées dans les dix jours; il les comparera et pourra solliciter l'accord de tout Etat dont le nom figure sur les deux listes.

3. Proposition I [Automatismus zugunsten des IKRK]

Si, en dépit de ce qui précède, il y avait défaut de Puissance protectrice, le Comité international de la Croix-Rouge pourra assumer la tâche de substitut au sens de l'article 2 e, avec l'accord des Parties au conflit et dans la mesure compatible avec ses activités propres.

Proposition II [abgeschwächter Automatismus]

Si, en dépit de ce qui précède, il y avait défaut de Puissance protectrice, les Parties au conflit accepteront l'offre que fera le Comité international de la Croix-Rouge, s'il le juge nécessaire, d'agir en qualité de substitut au sens de l'article 2 e.

4. La désignation et l'acceptation de Puissances protectrices aux seules fins d'application des Conventions et du présent Protocole n'auront pas d'effet sur le statut juridique des Parties au conflit, ni sur celui des territoires sur lesquels elles exercent leur autorité.

5. Le maintien des relations diplomatiques entre les Parties au conflit ne fait pas obstacle à la désignation de Puissances protectrices aux seules fins d'application des Conventions et du présent Protocole.

6. Toutes les fois qu'il est fait mention de la Puissance protectrice dans le présent Protocole, cette mention désigne également le substitut au sens de l'article 2 e»[168]).

Der Entwurf versucht, eine Reihe offener Fragen zu regeln. Jedoch hat das schwierigste Problem — nämlich die Gewährleistung des Schutzes, falls es zu keiner Verständigung zwischen den Streitparteien kommt — wegen Meinungsunterschieden bisher keine Lösung gefunden, da eine Einigung auf den vollen Automatismus nicht möglich war.

6.2. Die Bestrafung von Verletzungen des Kriegsrechts

Das geltende Recht enthält sowohl die Anerkennung des Prinzips der Verantwortlichkeit natürlicher Personen für die Verletzung der Kriegs-

---

[168]) CICR, Projets de Protocoles additionnels aux Conventions de Genève du 12 août 1949, Commentaires, Genf Oktober 1973, S. 11. Das Zusatzprotokoll betreffend die Konflikte nicht internationalen Charakters enthält folgende Bestimmung:

«Article 39. — Concours à l'observation du présent Protocole: Les parties au conflit pourront faire appel à un organisme présentant toutes garanties d'impartialité et d'efficacité, tel que le Comité international de la Croix-Rouge, pour concourir à l'observation des dis-

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

regeln als auch verschiedene Bestimmungen, die die Geltendmachung dieser Verantwortung im Detail regeln [169]).

Die ausführlichste Regelung dieses Prinzips findet man in den Genfer Konventionen. In den Art. 49—51 der I. Konvention (identisch Art. 50—52 der II., 129—131 der III. und 146—148 der IV. Konvention) heißt es:

"Article 49. The High Contracting Parties undertake to enact any legislation necessary to provide effective penal sanctions for persons committing, or ordering to be committed, any of the grave breaches of the present Convention defined in the following Article.

Each High Contracting Party shall be under the obligation to search for persons alleged to have committed, or to have ordered to be committed, such grave breaches, and shall bring such persons, regardless of their nationality, before its own courts. It may also, if it prefers, and in accordance with the provisions of its own legislation, hand such persons over for trial to another High Contracting Party concerned, provided such High Contracting Party has made out a prima facie case.

Each High Contracting Party shall take measures necessary for the suppression of all acts contrary to the provisions of the present Convention other than the grave breaches defined in the following Article.

In all circumstances, the accused persons shall benefit by safeguards of proper trial and defence, which shall not be less favourable than those provided by Article 105 and those following of the Geneva Convention relative to the Treatment of Prisoners of War of August 12, 1949.

Article 50. Grave breaches to which the preceding Article relates shall be those involving any of the following acts, if committed against persons or property protected by the Convention: wilful killing, torture or inhuman treatment, including biological experiments, wilfully causing great suffering or serious injury to body or health, and extensive destruction and appropriation of property, not justified by military necessity and carried out unlawfully and wantonly.

Article 51. No High Contracting Party shall be allowed to absolve itself or any other High Contracting Party of any liability incurred by itself or by another High Contracting Party in respect of breaches referred to in the preceding Article" [170]).

Eine ähnliche Bestimmung findet man im Abkommen über die Ver-

---

positions du présent Protocole. Un tel organisme pourra également offrir ses services aux parties au conflit», *ibid.*, S. 175.

[169]) Eine bedeutende Rolle in der Formulierung und Durchsetzung dieses Prinzips spielte das Nürnberger Tribunal. Die allgemeinen Prinzipien, die in Res. 95 (I) der UN-Generalversammlung als geltende Prinzipien des Völkerrechts anerkannt wurden, umfaßt vor allem Teil II des Statuts des internationalen Militärtribunals, UNTS Bd. 82 (1951), S. 282 ff.

[170]) *Ibid.*

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

hütung und Bestrafung von Genozid-Verbrechen[171]) und im Abkommen über den Schutz der Kulturgüter[172]).

Diese Regelung bedeutet unbestritten einen wesentlichen Fortschritt im Vergleich zur früheren Situation, hat jedoch noch Schwächen. Eine derselben besteht darin, daß die Ermittlung, die Anklage und die Bestrafung vorwiegend in den Händen des Staates, dem der Täter zugehört, liegen.

Die Bemühungen um die Vervollkommnung des Sanktionsmechanismus richteten sich auf mehrere Probleme. Das erste war die Abschaffung der Verjährungsfrist bei Kriegsverbrechen. Im Rahmen der Vereinten Nationen entstand Mitte der 60er Jahre eine Initiative, die zur Schließung eines internationalen Abkommens über die Unverjährbarkeit der Kriegsverbrechen und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit führte[173]), dessen wichtigste Bestimmungen lauten:

"Article I. No statutory limitation shall apply to the following crimes, irrespective of the date of their commission:

(a) War crimes as they are defined in the Charter of the International Military Tribunal, Nürnberg, of 8 August 1945 and confirmed by resolutions 3 (I) of 13 February 1946 and 95 (I) of 11 December 1946 of the General Assembly of the United Nations, particularly the 'grave breaches' enumerated in the Geneva Conventions of 12 August 1949 for the protection of war victims;

(b) Crimes against humanity whether committed in time of war or in time of peace as they are defined in the Charter of the International Military Tribunal, Nürnberg, of 8 August 1945 and confirmed by resolutions 3 (I) of 13 February 1946 and 95 (I) of 11 December 1946 of the General Assembly of the United Nations, eviction by armed attack or occupation and inhuman acts resulting from the policy of apartheid, and the crime of genocide as defined in the 1948 Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide, even if such acts do not constitute a violation of the domestic law of the country in which they were committed.

Article II. If any of the crimes mentioned in article I is committed, the provisions of this Convention shall apply to representatives of the State authority and private individuals who, as principals or accomplices, participate in or who directly incite others to the commission of any of those crimes, or who conspire to commit them, irrespective of the degree of completion, and to representatives of the State authority who tolerate their commission.

Article III. The States Parties to the present Convention undertake to adopt all necessary domestic measures, legislative or otherwise, with a view to making possible the extradition, in accordance with international law, of the persons referred to in article II of this Convention.

---

[171]) UNTS Bd. 78, S. 278, 6 A 69.

[172]) UNTS Bd. 249, S. 240.

[173]) Siehe die Resolutionen des ECOSOC 1074 D vom 28. 7. 1965, 1158 (XLI) vom 5. 8. 1966 und Res. 2338 (XXII) der Generalversammlung vom 18. 12. 1967.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Article IV. The States Parties to the present Convention undertake to adopt, in accordance with their respective constitutional processes, any legislative or other measures necessary to ensure that statutory or other limitations shall not apply to the prosecution and punishment of the crimes referred to in articles I and II of this Convention and that, where they exist, such limitations shall be abolished" [174]).

Die zweite Richtung dieser Bemühungen um die Verstärkung der Sanktionsmechanismen für die Verletzungen des Kriegsrechts orientierte sich an der Vereinheitlichung der Rechtsregelung auf diesem Gebiet. Die Initiative wurde vor allem im Rahmen des IKRK entfaltet [175]). Das IKRK versuchte von verschiedenen Staaten die Unterlagen für weitere Arbeiten zu bekommen und eine Konzeption für den weiteren Fortgang aufzustellen — etwa *lois types* auszuarbeiten —, jedoch mit schwachem Erfolg [176]).

Auf erhebliche Schwierigkeiten stieß auch die weitere Idee, einen internationalen Strafgerichtshof zu errichten. Schon im Jahre 1950 (Res. 485/V) und im Jahre 1952 (Res. 877/VII) hat die Generalversammlung praktische Schritte getan, um eine Ausarbeitung eines Statuts des internationalen Strafgerichtshofs zu erreichen. Zwei Kommissionen (1951, 1953), Committees on International Criminal Jurisdiction, haben einen solchen Entwurf ausgearbeitet und vorgelegt [177]). Die Generalversammlung hat in Res. 898 (IX) entschieden, die ganze Frage zu vertagen. In den Verhandlungen der IV. Kommission der Konferenz der Regierungsexperten überwogen die skeptischen Ansichten über diese Frage [178]). Demgegenüber erschienen bei den Verhandlungen von verschiedenen Organisationen Ansichten, die die Errichtung eines solchen Tribunals unterstützen [179]).

Die Vorschläge, die das IKRK für die Diplomatische Konferenz vorbereitet hat, enthalten keine Bestimmungen über die erwähnten Probleme. Der Entwurf umfaßt Bestimmungen über andere Einzelfragen, z. B. über den Mißbrauch der Schutzzeichen als *grave breach,* über Unterlassungsdelikte, Auslieferung und Rechtshilfe. Bemerkenswert sind vor allem die Bestimmungen über den höheren Befehl:

[174]) GAOR, 23rd Session, Suppl. No. 18 (A/7218) in Kraft getreten am 11. 11. 1970. Mit dieser Problematik hat sich auch die XXVIII. Sitzung der UN befaßt, siehe Res. 3074 (XXVIII).

[175]) XX. und XXI. Konferenz des Roten Kreuzes, Res. XXVI bzw. XII.

[176]) Siehe Conférence d'experts gouvernementaux, II: Mesures visant à renforcer l'application du droit en vigueur, Documentation présentée par le CICR, S. 37—47; Conférence d'experts gouvernementaux, Rapport de la Commission IV, S. 8—10.

[177]) GAOR, 7th Session, Suppl. No. 11 (A/2136).

[178]) *Ibid.*

[179]) Die schon genannte "Declaration of San Remo" fordert, "that violations of the rules contained in conventions of a humanitarian nature be penalized by impartial international tribunals", RICR November 1970, S. 731.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

«Article 77. — Ordres supérieurs.

1. Nul ne sera puni pour refus d'obéissance à un ordre de son gouvernement ou d'un supérieur, dont l'exécution constituerait une infraction grave aux dispositions des Conventions ou du présent Protocole.

2. Le fait d'avoir agi sur ordre de son gouvernement ou d'un supérieur n'exonère pas un inculpé de sa responsabilité pénale s'il est établie que, dans les circonstances existantes, il devait raisonnablement se rendre compte qu'il participait à une infraction grave aux Conventions ou au présent Protocole et qu'il avait eu la possibilité de s'opposer à cet ordre»[180]).

Zusammenfassend läßt sich vermerken, daß die Staaten immer noch zögern, die Bestrafung eigener Staatsbürger (die noch dazu als Staatsorgane gehandelt haben) anderen Völkerrechtssubjekten zu übertragen.

6.3. Die Repressalien

Sowohl aus der Realität der internationalen Beziehungen, als auch aus der inneren Logik des völkerrechtlichen Systems geht hervor, daß das Völkerrecht dem Staat die Möglichkeit einer durch das Recht geschützten Reaktion auf die rechtswidrige Handlung des Gegners gewährleisten muß. Solche Reaktionen stellen die Kriegsrepressalien dar.

In der positiven Regelung findet man einige Verbote von Repressalien (siehe unten), jedoch keine Regelung, die die Repressalie als Institut des Völkerrechts definiert. Die Dringlichkeit dieser Aufgabe tritt vor allem im Zusammenhang mit der Kriegspraxis in den Vordergrund: Die Kriegsparteien berufen sich häufig bei der Verletzung des Völkerrechts — siehe z. B. die Begründung der Luftbombardierung in beiden Weltkriegen — auf das Repressalienrecht.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen: Sind die Repressalien eine Zwangsmaßnahme oder auch eine Strafe? Was für eine Beziehung besteht zwischen den Repressalien und dem Prinzip *tu quoque?* Wer oder was kann das Objekt der Repressalien sein? Wer kann als Subjekt der Repressalien auftreten — der geschädigte Staat oder auch sein Verbündeter? Welche Merkmale sind für die Repressalien charakteristisch und zugleich erforderlich? Was ist unter dem Begriff der Proportionalität, der Humanität

---

[180]) CICR, Projets de protocoles additionnels aux Conventions de Genève du 12 août 1949, Commentaires, Genf Oktober 1973, S. 100. Es ist zu erwähnen, daß diese Problematik weiterhin auf der Tagesordnung verschiedener Organe der UN steht; siehe Analytical Survey Prepared in Accordance with Resolution 1691 (LII) of the Economic and Social Council, Doc. A/8823.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

zu verstehen? Ist zur Legalität der Repressalien eine Abmahnung erforderlich? Welche Organe dürfen die Repressalien anordnen?

Der erste völkerrechtlich interessante und relevante Versuch um die Definierung des Repressalienbegriffs findet sich im sog. Lieber Codex [181]). In Art. 28 wird festgestellt:

> "Retaliation will, therefore, never be resorted to as a measure of mere revenge, but only as a means of protective retribution, and, moreover, cautiously and unavoidably; that is to say, retaliation shall only be resorted to after careful inquiry into the real occurrence, and the character of the misdeeds that may demand retribution".

Ein weiterer bedeutender Versuch um die Kodifizierung der Repressalien wurde auf der sog. Brüsseler Konferenz von 1874 unternommen. Aber der definitive Text enthält die Definition der Repressalien nicht [182]).

Mit dem Begriff der Repressalien befaßte sich unter anderem auch die Oxforder Tagung des Institut de Droit International im Jahre 1880 [183]). Jedoch keiner dieser Texte ist vertragliches Völkerrecht geworden. Die Haager Friedenskonferenzen haben sich nicht mit der Frage der Repressalien im allgemeinen befaßt [184]). Im sog. Genfer Protokoll vom Jahre 1925 über chemische und bakteriologische Waffen wurde die Frage der Repressalien auch außer acht gelassen. Manche Staaten haben hier das Prinzip des *tu quoque* in ihren Vorbehalten zur Geltung gebracht [185]).

Im Unterschied zu den Haager Abkommen finden wir im Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen von 1929 das Verbot von Re-

---

[181]) Siehe Codex-General Orders No. 100, 24. 4. 1963; Instructions for the Government of Armies of the United States in the Field; Bluntschli, Das moderne Völkerrecht der zivilisierten Staaten, S. 485 ff.

[182]) Der von der russischen Delegation vorgeschlagene aber schließlich abgelehnte Entwurf des Repressalienrechts hieß: «§ 69. — Les représailles ne sont admises que dans les cas extrêmes, en observant, autant que possible, les lois de l'humanité quand il sera irrécusablement prouvé que les lois et coutumes de la guerre ont été violées par l'ennemi et qu'il a recours à des moyens réprouvés par le droit des gens.

§ 70. — Le choix des moyens et l'étendue des représailles doivent être en rapport avec le degré d'infraction de droit commise par l'ennemi. Des représailles démesurément sévères sont contraires aux règles du droit des gens.

§ 71. — Les représailles ne seront admises qu'avec l'autorisation du commandant en chef, qui aura également à fixer le degré de leur rigueur et leur durée». Actes de la Conférence de Bruxelles, S. 24.

[183]) Institut de Droit International, Tableau générale des résolutions (1873—1956), S. 182.

[184]) 2^{e} Conférence Internationale de la Paix, Den Haag, 15. 6. — 18. 10. 1907, Actes et Documents Bd. 1, S. 636.

[185]) Der auf Grund der Resolution vom 19. 12. 1936 (SdN, Journal Officiel, Janvier 1936, S. 14) des Völkerbundrats eingesetzte »Ausschuß der Dreizehn« hat in einigen Dokumenten die Benutzung von Kampfgasen als Repressalieninstrument abgelehnt (Journal Officiel, Avril 1936, S. 373).

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

pressalien, aber keine Definition: In Art. 2 heißt es: «Les mesures de représailles à leur égard sont interdites»[186]).

Im zweiten Weltkrieg ist es zu manchen rechtswidrigen Kriegstaten gekommen, die von den Kriegsparteien als Repressalien dargestellt wurden[187]). Die Rechtsprechung der militärischen Gerichte war vor allem bezüglich der Frage der Geiseln unterschiedlich, ja sogar widersprüchlich[188]).

Die Genfer Konventionen 1949 und die Haager Konvention 1954 nennen einige Objekte, gegen welche Repressalien nicht gerichtet werden dürfen: vor allem gegen die Verletzten, Kranken, Kriegsgefangenen, Sanitätspersonal; die Abkommen verbieten ebenfalls Kollektivstrafen und die Geiselnahme[189]).

In verschiedenen Dokumenten der letzten Jahre findet man einige Hinweise auf das Repressalienrecht. Außer in den Arbeiten des Institut de Droit International[190]) findet man einen Hinweis in der Wiener Vertragsrechtskonvention von 1969:

"Art. 60: Termination or suspension of the operation of a treaty as a consequence of its breach

. . . 5. Paragraphs 1 to 3 do not apply to provisions relating to the protection of the human person contained in treaties of a humanitarian character, in

---

[186]) Actes de la Conférence de Genève 1929, S. 687. Eine Definition der Friedensrepressalien, die aber jedoch manche Rechtsaspekte der Kriegsrepressalien widerspiegelt, enthält der auf der Pariser Tagung des Institut de Droit International angenommene Entwurf der Resolution über das Regime der Repressalien in Friedenszeiten, Ann. IDI, Session de Paris (1934), S. 163 f.

[187]) In diesem Sinne sind die sog. Instruktionen der britischen Regierung von 1942 für die englische Luftwaffe interessant, die anordnen, alle Kriegsregeln zu respektieren mit Ausnahme des deutschen, italienischen und japanischen Gebiets: «. . . ensuite de l'adoption, par l'ennemi, d'une conduite de la guerre aérienne sans restriction, le cabinet a autorisé une politique du bombardement qui comprend l'attaque du moral de l'ennemi», Projet de règles limitant les risques courus par la population civile en temps de guerre, CICR Genf 1956, S. 161.

[188]) Beispielsweise läßt sich anführen, daß das Nürnberger Tribunal als Kriegsverbrechen die »Tötung von Geiseln« anerkennt. Auf der anderen Seite im *Hostages Trial (Wilhelm List and others)* wird im Urteil festgestellt: "An examination of the available evidence on the subject convinces us that hostages may be taken in order to guarantee the peaceful conduct of the populations of occupied territories and, when certain conditions exist and the necessary preliminaries have been taken, they may, as a last resort, be short", Law reports of trials of war criminals, UN War Crimes Commission Bd. 8, S. 61.

[189]) UNTS Bd. 75 (1960) No. 971, 972, 973, 974; UNTS Bd. 249 (1956), S. 240.

[190]) Bei der Sitzung des Institut de Droit International in Nizza 1967 (Ann. IDI Bd. 32 I/II, S. 1–271) und in Edinburg (Ann. IDI Bd. 53 I/II, S. 48–126) wurde die Frage der Repressalien auch erwähnt.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

particular to provisions prohibiting any form of reprisals against persons protected by such treaties" [191]).

Ferner wird in Res. 2675 (XXV) der UN-Generalversammlung festgestellt:

"Civilian populations, or individual members thereof, should not be the object of reprisals, forcible transfers or other assault of their integrity" [192]).

In innerstaatlichen Regelungen findet man sowohl Bestimmungen, die nur im allgemeinen das Repressalienverbot bezüglich bestimmter Objekte erwähnen, als auch Bestimmungen, die die Repressalien näher definieren. Diese innerstaatlichen Regelungen übernehmen aber breiter formuliert die Bestimmungen der Genfer Konventionen [193]).

Das IKRK versuchte in den letzten Jahren der Tendenz nach der Formulierung des Repressalienbegriffs Rechnung zu tragen.

In der ersten Zusammenfassung der Resultate der Konferenz von Regierungsexperten findet man eine Definition der Repressalien. Im Entwurf heißt es:

«Art. 74. — Interdiction des représailles et cas d'exception

1. Les mesures de représailles à l'encontre des personnes et des biens protégés par les Conventions et par le présent Protocole sont interdites.

2. Si, dans un domaine où les représailles ne sont pas encore interdites par le droit en vigueur, un belligérant croyait devoir y recourir, il observa les conditions minimales suivantes:

a) le recours aux représailles doit être officiellement annoncé comme tel;

b) seule l'autorité qualifiée peut décider du recours aux représailles;

c) les représailles doivent répondre à une nécessité impérieuse;

d) le mode d'exercice et l'étendue des représailles ne doivent jamais dépasser le degré de l'infraction qu'elles visent à faire cesser;

e) celui qui recourt aux représailles doit respecter dans tous les cas les lois de l'humanité et les exigences de la conscience publique;

---

191) A/CONF. 39/27; ZaöRV Bd. 29, S. 711 (742).

192) GAOR 25th Session, Suppl. No. 28 Doc. A/8028.

193) Journal Officiel de la République Française, 8. 10. 1966, S. 3860; Department of the Army, Washington 18 July 1956, No. 27—10; Manual of Military Law, The Law of War on Land, Arts. 642—650; »Völkerrechtliche Grundsätze der Landkriegführung«, a.a.O. (Anm. 29).

Im italienischen Codice penale militare de pace e di guerra wird folgender interessanter und wichtiger Grundriß erwähnt: «Rappresaglie ordinate fuori dei casi preveduti dalla legge. — Il commandante, che ordina di eseguire atti di ostilità a titolo di rappresaglia fuori dei casi in cui questa e consentita dalla legge o dalle convenzioni internazionali, o non ne ordina la cessazione quando ha ricevuto comunicazione ufficiale che l'avversario ha dato riparazione del fatto illecito, è punito con la reclusione militare da tre a dieci anni» (Art. 176).

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

f) les représailles seront interrompues aussitôt que l'infraction qui les a provoquées aura cessé» [194]).

In der letzten Fassung des IKRK für die Diplomatische Konferenz wurde diese Formulierung ausgelassen. In Art. 20, 46 und 48 des Zusatzprotokolls betreffend die Konflikte internationalen Charakters und in Art. 8 des Protokolls betreffend die Konflikte nicht internationalen Charakters findet man Repressalienverbote, die immer konkrete Subjekte betreffen (die Verwundeten und Kranken, die Zivilbevölkerung, die für die Zivilbevölkerung lebenswichtigen nicht militärischen Objekte)[195]).

So bleibt es bei der Aufzählung gewisser repressalienfester Objekte. Die allgemeinen Bedingungen des Repressalienrechts bedürfen nach wie vor der konkreten Regelung.

Josef Pokštefl, Köln
unter Mitarbeit von Michael Bothe

---

[194]) CICR, Conférence d'experts gouvernementaux sur la réaffirmation et le développement du droit international humanitaire applicable dans les conflits armés, seconde session 3 mai – 3 juin 1972, Rapport sur les travaux de la Conférence Bd. 2 (Annexes) Genf Juli 1972, S. 12.

[195]) CICR, Projets de Protocoles additionnels aux Conventions de Genève du 12 août 1949, Genf Juni 1973.

http://www.zaoerv.de
© 1975, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht